

Bezugspreis: für den Monat Juni 1923 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 20. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Severings Abrechnung.

Der Landtag hat gestern die Severing-Debatte fortgesetzt, die heute zu Ende geführt werden soll.

Die Reaktion sollte sich ja nicht einbilden, daß wir die wahren Gründe ihres Treibens nicht klar durchschauen: sie hatte auf einen Riesenfischfang mit Hilfe der französischen Gewaltpolitik gehofft.

Deshalb sucht man gemäß einer Methode, die schon oft und meist erfolgreich erprobt wurde — nach einem Sündenbock. Dieser muß natürlich ein Sozialdemokrat sein.

Was bleibt jetzt, nach der gestrigen Rede des Genossen Severing im Landtag, in der die Affäre Schlageter an der Hand jener Einzelheiten aufgeklärt wurde, die unseren Lesern aus den gestrigen Veröffentlichungen zum Teil schon bekannt sind, von diesen gemeingefährlichen Märschen übrig, mit denen die „nationale“ Presse ganz Deutschlands tagelang gespeist wurde?

Und Herr Poincaré denkt sich im Stillen: „Gott erhalte mir die „Deutsche Zeitung“! Nur ist er nicht so dumm, es offen auszusprechen.“

Es ist für das politische Niveau des rechtsgerichteten Bürgertums bezeichnend, daß die Redner aus seinen Reihen nicht den Mut und den Verstand ausbrachten, als sie den Fall Schlageter besprachen, das zu sagen, was die wahren Frontkämpfer an der Ruhr, die Arbeiter und Beamten, seit Wochen predigen: „Laßt ab von diesen blödsinnigen Attentaten, die nur Unschuldige treffen und dem Gegner willkommen sind.“

Diese Mahnung auszusprechen, blieb den Rednern der Linksparteien vorbehalten. Die anderen zogen es vor, in pathetischen Tönen den „Volksheelden“ zu preisen.

Schuld daran, daß diese Oberterrianermentalität so weite Kreise des deutschen Volkes beherrscht, trägt auch die Regierung Cuno, denn sie konnte sich noch immer nicht dazu aufraffen, mit aller Deutlichkeit und Eindringlichkeit gegen Laten Front zu machen, deren Verderblichkeit ihr wiederholt von berufener Seite dargelegt wurde.

Der Landtag führte gestern die dritte Beratung des Staatshaushaltes für 1923 fort.

Abg. Dr. Schwering (S.) wendet sich gegen die nicht der Verständigung dienende gestrige Rede des Deutschnationalen Baeder. Beim Fall Schlageter müsse man unterscheiden zwischen dem, was Schlageter gewollt, und dem, was er getan hat.

Nach dem Abg. Holzamer (Wirtsch.-Partei), der sich gegen die jegliche Art der Wucherbetämpfung und gegen die Marktgerichte wendet, gibt

Abg. Klupsch-Dortmund (Soz.) ein Bild über die Lage im Ruhrgebiet. Wären andere Methoden im Abwehrkampf angewandt worden, Poincaré hätte dann längst seinen Erfolg in der Tasche. Gerade der passive Widerstand ist ihm verhasst, darum fordert er immer wieder seine Einstellung.

Minister des Innern Severing:

Ich schließe mich gern dem Abg. Schwering an, wenn er sagte, daß die Verhandlungen bisher ruhig und sachlich verlaufen sind. Leider kann ich diese Anerkennung nicht ausdehnen auf die Art und Weise, wie draußen im Lande politische Meinungen ausgegossen werden.

Das Staatsministerium war sich dieser Erfordernisse stets bewußt. Wir haben uns bemüht, der besonderen wirtschaftlichen Not des besetzten Gebietes zu steuern. Wir sind bei den zuständigen Stellen des Reiches vorstellig geworden, damit Lebensmittel in genügenden Mengen in das besetzte Gebiet gelangen.

Die Massen haben infolge der Leuerung Grund zur Unruhe. Von der Revolüt der Bevölkerung dürfen sich aber diejenigen, die zur Führung des Volkes berufen sind, nicht anstecken lassen.

Zustimmung.) Wenn die Presse erst die Stimmung der Panik erzeugt, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Beunruhigung nachher keine Grenzen findet.

Das Ressort des Innern hat den Wucherern den schärfsten Kampf angefangen und ihn auch geführt. (Komm. Zuruf: Und der Erfolg?) Der Kampf hat auch Erfolg gehabt. Natürlich müssen durchgreifende Maßnahmen

ergriffen werden. (Zurufe der Komm.) Ich wäre den Kommunisten für ein wirksames Rezept gegen die Leuerung dankbar! (Komm. Zuruf: Wir haben keine Rezepte! Gegenruf b. d. Soz.: So, so!) Die Kommunisten sagen selbst, wenn sie zur Herrschaft kämen, würde das Brot noch teurer werden! Das haben sie in öffentlichen Versammlungen zugegeben. (Zurufe bei den Komm.: Vorübergehend nur!) Ich weiß nicht, ob die Zustände in Rußland nur vorübergehend sind. (Beih. Zustimmung.) Jetzt ist der erste Schritt getan, auch die großen Diebe zu fassen. (Lachen bei den Komm.) Was wollen die Kommunisten mit ihren Kontrollausschüssen? Wen kontrollieren sie denn? Haben sie jemals die großen Trusts kontrolliert? Nein. Nur die kleinen Beute haben sie kontrolliert, und diese Kontrolle war völlig unerträglich. Wer sich an der Rot bereichern will, gegen den gehen wir vor. Die Fürsorge für die Sozialrentner ist in erster Linie Sache des Reiches, es hat auch beträchtliche Aufwendungen gemacht. Ich bin dafür, daß die beschlagnahmten Waren den Unterstützungsberechtigten zugeführt werden.

Die Landarbeiterstreiks unmöglich zu machen, würde ich jedes Mittel ergreifen, mit den Polizeibehörden kann ich da aber nichts machen. Die Deutschnationalen haben sich über Terrorakte gegen Arbeitswille beschwert. Die Klagen sind außerordentlich übertrieben. Gelegentliche Ausschreitungen bedauern auch ich. Es wird hüben und drüben gesündigt! Man kann nicht hinter jeden Arbeitswilligen einen Schupobeamten stellen. (Zuruf rechts.) Der schließliche Landarbeiterstreik hat ja eine gewaltige Ausdehnung genommen. Ich konnte nicht die übrigen Landesstellen völlig von Polizei entblößen. Die von den einzelnen Landräten getroffenen Maßnahmen dem Streit gegenüber haben sich fast durchweg als richtig herausgestellt. Die Deutschnationalen aber sollten es sich angelegen sein lassen, auf die Arbeitgeber einzuwirken und zur Ruhe zu mahnen.

Die Anfrage der Deutschen Volkspartei über die proletarischen Hundertschaften

kann ich kurz dahin beantworten, daß diese Hundertschaften aufgelöst sind. Eine große politische Falschmünzerei ist mit der Krisis über meine Haltung bei der Auflösung der Orts- und Arbeiterwehren getrieben worden. Ich wiederhole, daß diese Auflösung auf den Druck der Entente hin von der Reichsregierung beschlossen wurde, und daß die Auflösung in Preußen auf die Anweisung der Reichsregierung geschah. Seit 1921 sind proletarische Organisationen nicht in Erscheinung getreten, bis neuerdings im Süden des Reichs Hundertschaften zu politischen Zwecken von der äußersten Linken errichtet wurden. Was an staatsgefährlichen Gebildes als Stoßtruppen oder Sturmkompanien im Norden Deutschlands auftrat, war nur das Echo dessen, was aus München herüberschallte. Als ich gegen diese Gebilde der Deutschnationalen Freiheitspartei in Norddeutschland vorging, habe ich den Reichsminister des Innern gebeten, auf Grund von Artikel 48 der Reichsverfassung durch Verordnungen das Verbot aller Hundertschaften im ganzen Reich zu veranlassen. Diese Anordnung ist also von Preußen und im Interesse der Wahrung der Reichsgleichheit in Deutschland ergangen. Der Reichsjustizminister hat auch dem Ansuchen entsprochen, und es ist eine solche Verordnung formuliert worden, sie hat aber keine Gesetzeskraft erlangt, weil in der Reichsregierung darüber Einigkeit nicht zu erzielen war, und da glaubte ich es nicht länger verantworten zu können, die proletarischen Hundertschaften in Preußen noch länger bestehen zu lassen. (Zuruf bei den Kommunisten: Und Sachsen?)

Das geht mich nichts an. (Beih. Hört, hört bei den Komm.) Ich konnte sie erst dann auf Grund des Schutzgesetzes für die Republik verbieten, als sich aus den Verhandlungen des Reichsbetriebsräte-Kongresses ergab, daß sie eventuell auch gegen den preußischen Staat in Bewegung gesetzt werden sollten. (Zuruf bei den Komm.: Der heutige Staat geht ja von selbst zugrunde! Große Heiterkeit.)

Ich soll die Befahr von links ganz beträchtlich unterschätzt haben. Ich betrachte diejenigen als staatsgefährlicher, die im geheimen rüsten, die über Gelder und Waffenbestände verfügen, als diejenigen, die eine Kraft nur vorläuschen. (Lärm bei den Komm.) Schon bevor ich an die Auflösung der Württembergischen Freiheitspartei auch nur dachte, hatte ich schon proletarische Hundertschaften zur Auflösung gebracht, die in Mittelthüringen festen Fuß gefaßt hatten, und ich habe davon dem Hauptausschuß des Landtages bereits Anfang März Mitteilung gemacht.

Die Deutsche Volkspartei fragt mich, was ich zu tun gedente, um Unruhe wie die in Seltentirchen unmöglich zu machen. (Zuruf bei den Komm.: Blaue Bohnen!) Meine Amtsführung beweist, daß ich blaue Bohnen für ein geeignetes Mittel nicht halte, Ruhe und Ordnung können nur aufrechterhalten werden, wenn

der ärgste Feind, der Hunger, zu überwinden ist. Die preußische Regierung und besonders mein Ressort bedarf solcher Anregung nicht. Regieren heißt vorausschauen, ich habe die Entwicklung im Ruhrgebiet vorausgesehen. Ich habe zu einem deutschen Ratschlag die Anregung gegeben. (Hört, hört! bei den Komm. Abg. Kapf: Severing als Beschützer der Faschisten!) Aber für die Aufrechterhaltung der Ruhe in einem

Gebiet, wo die Schutzpolizei ausgemessen ist, kann weder ich noch sonst jemand die Verantwortung übernehmen. Wollen wir diese schwere Last überstehen, so haben wir allen Anlaß, die wirtschaftlichen Verbände der Arbeiter zu stärken. Wird ihnen die Führung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe genommen, dann besteht für die Aufrechterhaltung des Reiches die größte Gefahr, nämlich die Gefahr, daß, während im Ruhrgebiet die blauen Bohnen der Franzosen die Bevölkerung erschöpfen, auch im Inland die blauen Bohnen von Hünen und Dräben fliegen. Darum richte ich an alle, die es angeht, die dringende Bitte, den Einfluss der Gewerkschaften zu stärken. Dazu gebe ich jetzt keine speziellen Ratschläge, aber wenn der Dollar an einem Tage ganz unheimlich herausschnellt, dann darf man nicht mit neuen Verhandlungen 14 Tage warten. (Lebhafte Zustimmung links.)

Es ist alles geschehen, um den verminderten Polizeischutz im Ruhrgebiet zu ergänzen und zu erhöhen, und es ist darüber hinaus an die Bevölkerung appelliert worden.

Ich dem polizeilichen Nachschub zu fügen.  
In Gelsenkirchen ist dieser Schutz einseitig aufgebrochen worden. Ich billige das nicht; aber auch hier gilt das Wort, daß sich vom sicheren Port gemüßigt raten läßt. (Zustimmung.) Nebenfalls sollen nicht Organisationen, die einseitig politisch oder wirtschaftlich eingestellt sind, diesen Schutz übernehmen. (Zuruf bei den Kommunisten: Und Lutterbeck?) Herr Lutterbeck ist ein äußerst fähiger und tüchtiger Beamter. (Lachen bei den Kommunisten.) Auch ich bedaure jene Stelle in Ihrem Briefe an den französischen General, aber glauben Sie, daß ich wegen dieser einen Entlassung diesen Mann in die Wüste schicken könnte? (Lärm bei den Kommunisten.) Ich würde es tun, wenn Sie versprochen, jedes Mitglied der kommunistischen Partei auszuschließen, welches sich in diesen kritischen Tagen an die französische Behörde gewandt hat. (Großer Lärm bei den Kommunisten; Zuruf: Einverständnis, Herr Seevering!)

Nicht bloß die Deutsche Volkspartei, sondern auch die Deutschnationalen haben für die Unruhen im Ruhrgebiet die sehr billige und bequeme Generalschuldfrage: „Kommunistenunruhen“ bei der Hand. Richtig ist nur, daß die kommunistische Hege den Boden und die Atmosphäre für die Unruhen vorbereitet hat. Wenn kommunistische Agitatoren in den Unruhgebieten den Generalschuldfrage proklamieren, so wird daraus noch nicht ein kommunistischer Aufstand. Ich bin den deutschnationalen Herren sehr dankbar für die Besorgnis um meine Autorität, aber ich muß betonen:

Es gibt keine Partei, die durch ihre Agitation so wie sie gegen diese Autorität gearbeitet hat.

Ich kann auch nicht zugeben, daß Versäumnisse gemacht worden sind. Neulich hat man daraus sogar das Recht auf ein Referendum hervorgeleitet; nächstens wird vielleicht eine Beamtenunter-Berufung auf Ausführensbestimmungen zum Beschuldigungsgegenstand (Heiterkeit links.)

Zu dem kommunistischen Antrag, der die Verbindungen der Regierung mit den französischen Gewaltgebern in einem parlamentarischen Ausschuss untersuchen will, bemerke ich nur, daß zum Zweck gewaltsamer Niederwerfung des Streiks mit französischen Behörden niemals Verhandlungen von preussischen Behörden geführt worden sind. Herr Lutterbeck sollte nichts weiter als unsere alte Schutzpolizei in der alten Stärke wieder hereinbekommen. (Große Unruhe bei den Kommunisten; Abg. Katt: Das ist doch gerade das Entschuldigende! Niedererschlagung der Proletariat!) Er sollte und wollte die französischen Behörden darauf aufmerksam machen, daß, wenn man Plünderer und Ruhestörer nicht zurückdrängen könne, nicht allein im Ruhrgebiet, sondern weit darüber hinaus ein Chaos entstehen würde.

Zu den gestrigen Angriffen des Abg. Baedeker gegen mich kann ich mich nur sehr zurückhaltend äußern. Ganz schweigen kann ich aber nicht. Gewiß muß alles geschehen, um den Franzosen den Abtransport von Rohstoffen zu erschweren, aber mit Mitteln, die im Interesse Deutschlands, nicht der Franzosen liegen. Ich halte für denkbar, daß Eisenbahnarbeiter, die von der Scholle getrieben werden, auf der sie vielleicht 20 Jahre gefesselt hatten, in ihrer Not und Verzweiflung über die Willkür der Franzosen auch zur Sprengbombe greifen, und ich brauche über sie nicht den Sieb. Aber jene willkürlichen, unbedenklichen, technisch unmöglichen Affektate, die man ausführt, um angeblich dem Reich zu nützen, die müssen wie im Interesse des Widerstandes wie der künftigen Verhandlungen verurteilt. Die sind nicht etwa identisch mit dem positiven Widerstand.

Es gibt eine Grenze für die Selbstverleugnung. Wenn ich auf die Angriffe der deutschnationalen Presse hartnäckig schweige, dann erscheint ein Artikel mit der heißen Überschrift: „Seevering schweigt!“ Ich bin nun nicht der Meinung, daß ein Minister verpflichtet ist, auf die Aufforderung jedes Revolventblattes zu reden. (Sehr gut links.)

Wenn dann aber die Dinge so dargestellt werden, als ob die Sprengattentäter vom reinsten Willen befreit sind, die behördlichen Organe aber, die dagegen einschreiten, mit dem Vorwurf des Landesverrats bedacht werden, dann ist der Zeitpunkt da, wo Schweigen Verbrechen wäre. (Abg. Baedeker: Wo hat das gestanden?) Auch in Ihrer Zeitung.

### Gegen Schlageter

Ist ein Strafbrief von mir nicht erlassen worden; die Anzeige hat der Bürgermeister von Kaiserswerth erstattet, der den Deutschnationalen nahe stehen soll. (Zuruf rechts.) Als die Zeitung in Wesel einlangte, brachte die „Freuzzeitung“ die Mitteilung, daß der Bürgermeister von Wesel den Franzosen entgegengekommen sei unter der Überschrift: „Bürgermeister als Landesverrat“, und dieser Bürgermeister ist deutschnational. (Hört, hört!) Die Beschuldigung der „Freuzzeitung“ aber hat sich nachher als falsch erwiesen.

Nun zum Falle Schlageter. Der Bürgermeister von Kaiserswerth hat ihn den Franzosen nicht verraten. Er hat nur unter dem Druck der französischen Drohungen dem preussischen Fahndungsblatt eine Reihe von Namen bekanntgegeben. Die Namen Schlageter und Sadowski waren darin nicht enthalten. Dieser Brief kann also dazu nicht beigezogen haben, Schlageter den Franzosen zu verraten. Es ist aber so gut wie sicher, daß nicht der Bürgermeister von Kaiserswerth, sondern die Koffbach-Leute Böhe und Schneider Schlageter verraten haben. (Sturm, hört, hört links.) — Lärmender Widerspruch rechts.) Von der Kriminalpolizei überführt wurden am 27. April Böhe und Schneider wegen Verdachts des Landesverrats dem Amtsgericht vorgeführt. Aus den Akten ergibt sich, daß beide in Oberschießen den Freund Koffbachs, Heinz Hausstein, kennenlernten und sich später in die Schlageter-Kolonnen einschließen. Sie sind dringend verdächtig, ihre Kameraden verraten zu haben. Sie geben bereits zu, in Essen

### für den französischen Spionagedienst gearbeitet zu haben.

(Sturm, hört, hört links.) — Lärmender Widerspruch rechts.) Sie geben zu, vom französischen Spionagedienst 700 000 Mark erhalten zu haben. (Erneutes Hört, hört links.) Es ist aber anzunehmen, daß sie erheblich höher bezahlt wurden. Eine preussische Behörde hat nicht nur Schlageter nicht verraten, sondern die preussischen Polizeibehörden haben die Verräter Schlageters verhaftet. (Zuruf des Abg. Baedeker (Dnl.): Wendet das den Strafbrief? — Große Heiterkeit. — Zuruf bei den Sez.: Strafbrief des deutschnationalen Bürgermeisters!)

Hausstein hat bei seiner Vernehmung gesagt, daß die ihm nachgelagte Verbindung mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei nicht bestehe, daß er im Gegenteil in einem gespannten Verhältnis zu dieser Partei stehe. Er habe aber berechtigten Grund zu der Annahme, daß der Verrat an Schlageter auf Veranlassung Koffbachs erfolgt ist. (Erneutes Hört, hört links; Zuruf rechts.)

Aus Oberschießen habe er Ende Februar eine Warnung von Böhe erhalten, der den Auftrag von Koffbach habe, seine Abreise aus einander zu bringen. (Hört, hört!) Weiter ist mir berichtet worden, daß Schneider einen Auftrag habe, mich umzubringen. (Sturm, hört, hört links.) Dieser Schneider ist derselbe, der jetzt wegen Landesverrats verhaftet worden ist.

Das ist die Gesellschaft, die in den Sprengattentat gearbeitet hat. Ich will nicht sagen, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei nur aus Lumpen bestehe, Lumpen sehen überall. (Zuruf rechts: Na also!.) Das Ungehörteste ist aber, daß diese Lumpen von Ihnen (nach rechts) geschützt werden. (Ungehört Lärm rechts. Stürmische Zustimmung links.)

(Der Abg. Graef-Ankum (Dnl.) schlägt vor, auf den Fußboden und ruf: Unerhört! Wer tut das?) Ihre Presse hat es getan! (Neue stürmische Unterbrechungen bei den Deutschnationalen. Zuruf: Unerhört! Unerhörtheit!)

Der Minister macht weitere Mitteilungen, die sich inhaltlich mit unseren Mitteilungen in der Morgennummer des Dienstags decken. Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ — fährt der Minister fort — wird Gelegenheit bekommen, ihre Behauptungen zu beweisen. Ich werde mich jedenfalls in meiner Haltung nicht beirren lassen. (Lebh. Beif. links.) Zum Schluß noch folgendes:

Die Schleife des Aranzes, den der Regierungspräsident für Schlageter niedergelegt hatte, und die in den Reichsfarben gehalten war, ist von dem Kranz entfernt worden und dem Regierungspräsidenten zugewandt mit den Bemerkungen: „Annahme verweigert! Zur Verwendung beim Begräbnis der deutschen (jüdischen) Republik. In wonnighcher Ermerdung! Unterschreibt: Der Festausführer“

(Lebh. hört, hört! — Rufe links und in der Mitte.) Welche Gefinnung spricht aus diesen Zeilen! Wir haben jetzt Wichtiges zu tun, als um Farben zu streiten. Es handelt sich jetzt nicht um die Farben, sondern es handelt sich um das Wohl der deutschen Bürger. Ich fordere alle auf, die guten Willens sind, zur Erreichung dieses Zweckes zusammenzutreten. (Lebh. Beif. i. d. Mitte und links.) Zischen, große Unruhe und Zurufe bei den Deutschnationalen.)

Abg. Rippel (Dnat.) verbreitet sich über das Treiben der Kommunisten im Ruhrgebiet und macht Minister Seevering den Vorwurf, er sei einseitig gegen rechts eingestellt. Der Minister solle nicht Sogd auf Leute machen, die im Dienste des Vaterlandes arbeiten. Der Kampf um die Freiheit dürfe nicht so geführt werden, daß ein wertvoller Teil des Volkes mit Verbrechen und Lumpen in einen Topf geworfen wird. In weitesten Kreisen der Bevölkerung herrsche die Ueberzeugung, daß der Innenminister gegen die Kommunisten verjagt habe.

Abg. Schwarzhaupt (D. Sp.) wendet sich gegen die Rede des Demokraten Schreiber-Halle, der gestern energisch für den Innenminister eingetreten war. Die große Aufgabe der Deutschen Volkspartei bedeute keinen Angriff gegen Seevering. Sie solle nur Klarheit schaffen. An der Koalition halten wir fest, so lange sie sich mit unseren Grundföhen vereinbaren läßt. Die heutigen Vertreter des republikanischen Gedankens sind zu passivität und zeigen einen Mangel an Nationalgefühl. Die schwarzweitere Fahne darf nicht verleugnet werden.

Abg. Frau Gelfke (Komm.) fordert die „Arbeiterregierung“.

Das Haus vertagt sich zur Weiterberatung am Mittwoch 12 Uhr.

## Die Feststellung des Polizeipräsidenten.

### Die „Befreiung Schlageters“ eine Unrede.

Eberfeld, 19. Juni. (Sig. Drahtbericht.) Heute veröffentlicht der hiesige Polizeipräsident eine Berichtigung zu der Meldung der „Bergisch-Märkischen-Zeitung“ über die Festnahme von Heinz Hausstein und die damit in Verbindung gebrachte Erschießung Schlageters, die zu der heillosen Hege gegen den preussischen Innenminister in der gesamten reaktionären Presse geführt hat. Auch der angegriffene Polizeipräsident stellt attemmächtig fest, daß die Behauptungen des deutschnationalen Blattes unrichtig sind. Aus der Darstellung geht weiter hervor, daß das Unternehmen, das in der Nacht zum 12. Mai von einem Trupp unter Führung Heinz-Haussteins nach dem Burgholz bei Eberfeld durchgeführt werden sollte, nach der Aussage sämtlicher Teilnehmer mit der Befreiung Schlageters gar nichts zu tun hatte. Hausstein selbst schilderte in seiner ersten Vernehmung den Tatbestand genau so wie die übrigen Beteiligten. Erst kurz vor seiner Verführung vor den Richter machte er vor dem Kriminalkommissar die Bemerkung, daß das Unternehmen jener Nacht eine Vorübung für einen in Düsseldorf durchzuführenden Handstreich zur Befreiung Schlageters gewesen sei. Alle anderen Personen mußten von einem solchen Plane gar nichts, so daß es gar keinem Zweifel unterliegen kann, daß Hausstein lediglich eine Unrede gesucht hat. Auch die übrigen Behauptungen der rechtsstehenden Presse von einem schriftlichen Hilferuf Schlageters an Heinz werden als un wahr bezeichnet. Außerdem stellt die Berichtigung fest, daß am 12. Mai abends auf dem Bahnhöf in Schwerte der von der Polizei weitertransportierte Verräter Schneider, der Schlageter bekanntlich an die Franzosen verraten hat, zwei Schutzpolizeibeamten gegenüber erklärte, daß Heinz die Spritze zu dem Blausäure-Attentat gegen Scheidemann geliefert hat. Unwahr ist auch die Behauptung von dem durch den preussischen Innenminister emannenten Kriminalbeamten. Der Minister des Innern war damals mit der Sache überhaupt noch nicht befaßt. Es lag lediglich ein telegraphisches Ersuchen des Polizeipräsidenten Berlin vor, Hausstein zur Verführung zu halten, falls eine richterliche Verhaftung nicht erfolgen werde, und diesem Ersuchen hätte das Eberfelder Polizeipräsidentium unter allen Umständen stattgeben müssen, wenn es sich um eine Verfolgung in einer anderen Strafsache handelte. Die Berichtigung des Eberfelder Polizeipräsidenten schließt damit, daß sie die sämtlichen Angaben der reaktionären Blätter als in jeder Hinsicht unzutreffend bezeichnet, so daß die Unhaltbarkeit der gegen den preussischen Innenminister und gegen die Beamten der Eberfelder Polizei gerichteten Angriffe erwiesen sei.

## Der Feuerriese von Sizilien.

### Zum Ausbruch des Aetna.

Als vor etwa sechs Wochen aus Sizilien die Meldung kam, daß sich am Abhang des Aetna ein neuer Krater aufgehan habe, aus dem ein Strom glühender Lava sich begabwärts ergoß, während aus dem Hauptkrater eine ungeheure Flammenäule zum Himmel loderte, da mußte man das als den Beginn einer großen und heftigen Eruption betrachten. War doch, nach vierhundert-jähriger Erfahrung, ein großer Ausbruch wieder einmal fällig. Alle zehn Jahre pflegt sich im Durchschnitt die vulkanische Tätigkeit des Aetna, die auch in der Zwischenzeit niemals ruht, gewaltig zu steigern, und der ganze Berg ist gewissermaßen ein in Höhe und Lava erhöhtes Zeugnis für diese in zehnjährigen Perioden sich äußernde vulkanische Gewalt. Jedenfalls ist der Aetna geologisch noch ganz jungen Datums; sein absolutes Alter wird nur zu fünfzigtausend Jahren angenommen. Ist auch Sizilien überhaupt geologisch jungen Ursprungs, so ist der Aetna sicherlich der jüngste Teil der Insel. Er begann seinen Regel zuerst unterteilt in einer weiten Bucht aufzubauen, die tief in die Ostküste Siziliens eindringt. Nimmt man an, daß, wie in den letzten drei Jahrhunderten, durchschnittlich alle zehn Jahre ein großer Ausbruch erfolgt ist, so würde der gewaltige Bergkegel, der 3279 Meter empor ragt, von rund 5000 Eruptionen aufgebaut worden sein. Man kann dabei annehmen, daß in den Jugendtagen des Vulkans die Ausbrüche noch häufiger und mächtiger gewaltiger gewesen sind als in historischer Zeit. An dem eruptiven Aufbau gefolgt schon die Kegelform des Berges seinen Zweifel; dieser einzige, ungeheure aber klare Keil, dessen Umfang an der fast kreisförmigen Basis 145 Kilometer beträgt, erhebt sich ganz isoliert und fast ohne Verbindung mit den übrigen Gebirgen der Insel. Auch die Wölbungen der Kegelfläche sind sehr hoch; nur der elliptische Zentralkegel erhebt sich aus einer Fläche noch 300 Meter hoch mit einer Böschung von 20 bis 30 Grad. Die Krönung des Zentralkegels bildet der Hauptkrater, der einen Durchmesser von 600 bis 700 Meter hat, ein furchtbarer Schlund, aus dem ständig gelblich-weiße Wolken von penetranter, stehenden Schwefelgeruch emporsteigen. Diese Schwefelwolken wallen und brausen aus der unendlichen Tiefe und verhüllen den Abgrund gewöhnlich den Blicken der Mutigen, die sich bis an den Kratertrand gewagt haben. Unten im Schoße der Erde vernimmt man ein Zischen und Brausen, und nur selten zerteilt ein scharfer Windstoß die weißen Dämpfe, um die gegenüberliegende Kraterwand für einen Augenblick sichtbar werden zu lassen. Man sieht das Gestein, vom Schwefel mit gelbleuchtender Farbe bedeckt, und in der Tiefe brodeln riesige feurige Ströme.

Aus diesem Hauptkrater ergießt sich aber niemals Lava. Der feuerflüssige Strom fließt überhaupt nicht bis zur Höhe des Zentralkegels empor. Er durchdringt den aus losem Material aufgebauten Mantel des Berges, noch ehe er bis zum Gipfel emporgehoben ist. Unter Erdschüttungen und donnerähnlichem Getöse, wie es auch jetzt wieder der Fall ist, sucht er sich Ausritt durch einen rabiaten Spalt, an dessen unterem Ende dann ein neuer Keil entsteht. Solcher sogenannter „Schwarzhertegel“ gibt es rings um den Aetna mehr als 200, und jede große Eruption vermehrt ihre Zahl um

einen oder mehrere. Diesmal ist, den ersten Meldungen nach, der Lavastrom zwischen dem Monte Rosso und dem Monte Bianca durchgedrungen, wobei es sich um das Gebiet am Nordostabhang des Aetna handelt. Dementsprechend ergießt sich die Lava auch jetzt in nordöstlicher Richtung nach Linguaglossa und Castiglione, zwei blühenden Ortschaften, von denen das am meisten bedrohte Linguaglossa allein schon 22 000 Einwohner hat. Oberhalb der beiden Orte gibt es herrliche Bimenthaine, die sicherlich zum großen Teil durch den feurigen Strom vernichtet sein werden. Die südöstlich am Fuße des Aetna gelegene Großstadt Cattania ist demgemäß durch die gegenwärtige Eruption nicht bedroht. Die letzte große Eruption in dieser Richtung war im Jahre 1865; das Lavafeld dieses Ausbruchs befindet sich ungefähr in der Mitte zwischen dem Gipfel und Linguaglossa und bedeckt ein Gebiet dreimal so groß wie das Weidfeld der Stadt Cattania.

Es ist seit genau vierzig Jahren der erste große Ausbruch auf der Nordseite des Vulkans; seit 1883 sind alle bedeutenden Eruptionen auf der Südseite gewesen. Auch der gewaltige Ausbruch von 1910, das letzte katastrophale Ereignis in der Aetnageschichte, spielte sich auf der Südseite ab und suchte den Ort Nicolosi sowie das weitaus davon liegende kleine Borello heim. Dieser Ausbruch dauerte einen vollen Monat, vom 23. März bis zum 22. April 1910. Ungeheure Lavamengen haben damals die fruchtbarsten Südränge des Berges verbeert; der etwa fünfzig Meter breite Strom erreichte stellenweise eine Tiefe bis zu hundert Meter und stürzte an einer steilen Stelle in Gestalt eines feurigen Falles 20 Meter tief ab. Dieser feurige Fall bot ein Naturwunderpiel von überwältigender Eindringlichkeit; aber auch aus den neuen Kratern hoch todelang ein riesenhafes Brillantfeuerwerk aus glühenden Steinen, feuriger Lava und leuchtenden Dampf- und Staubwolken, das bei Nacht einen schaurigen, überwältigen Anblick darbot.

Es kommt bei vulkanischen Ausbrüchen, auch beim Aetna, häufig vor, daß der Hauptkrater kleinere Ausbrüche um mehrere Wochen vorausgehen. Da das auch diesmal wieder der Fall war, so darf man hoffen, daß die unterirdischen Kräfte gegenwärtig ihre stärkste Auslösung gefunden haben, und daß das Unheil, das jetzt wieder über einen Teil der schönen Insel hereingebrochen ist, keinen allzu großen Umfang annehmen wird.

Wege zur Kunst. In viel beachteter Weise sind heute in zahlreichen Städten Volksbühnengemeinden bemüht, breiteren Schichten der Bevölkerung das Erlebnis künstlerischer Schöpfungen zu vermitteln. Die meisten beschränken dabei ihre Tätigkeit nicht auf das Theater, sondern beziehen auch die Kunstpflege ein, manche suchen ihren Mitgliedern auch noch andere Gebiete der Kunst zu erschließen. Im Verlag des Verbandes der deutschen Volksbühnengemeinden (S. 16, Köpenicker Straße 68) ist nun eine Veröffentlichung erschienen, die geeignet ist, diese Bemühungen vielfach zu befruchten, die aber auch darüber hinaus ihre Bedeutung hat. Unter dem Gesamttitel „Wege zur Kunst“ bringt das zweite Vierteljahr der Verbandzeitung „Volksbühne“ eine Sammlung wertvoller Aufsätze von E. Nestorpe, John Schittowski, Nora Jepsler, Julius Bah, Leo Kestenberg, Wilhelm Kurth, Hans Siemsen und anderen, in

denen neben beachtenswerten Betrachtungen über das Wesen des künstlerischen Erlebnisses, die Bedeutung der Kunst für den Menschen usw., der Versuch gemacht wird, für die einzelnen Gebiete des künstlerischen Schaffens das Nützliche, was ihr Wesentliches ist, und anzugeben, wie man zum Erlebnis dieses Wesentliches gelangen kann. Das 54 Seiten starke, gut ausgestattete Heft ist gegen Einsendung von 900 M. jederzeit vom Verlag zu beziehen.

Eine Rettungsaktion für die Große Volksoper. Der Landtag hat folgenden Antrag angenommen: „Da die Große Volksoper nach ihrer Entwicklung und auf Grund ihrer Organisation sich als ein künstlerisch hochstehendes gemeinnütziges Unternehmen ausgewiesen hat, liegt es im Interesse des Staates und seiner kulturpolitischen Bestrebungen, die Große Volksoper, die ab Herbst 1924 ohne Unterstützung sein wird, zu erhalten. Um dies Ziel zu erreichen, wird das Staatsministerium ersucht, im Einvernehmen mit dem vom Landtag gebildeten Ausschuss von sieben Mitgliedern unter eventueller Hinzuziehung der Staats- bzw. Großen Volksoper, der Freien Volksbühne und des Bühnenvolksbundes die nötigen Maßnahmen vorzubereiten.“

Bisher hat die Direktion der Großen Volksoper sich den Versuchen, ihr außerhalb des Rollhauses ein Heim zu verschaffen, hartnäckig widersetzt. Es scheint, daß sie jetzt zu einer besseren Einsicht gelangt ist, und wir wollen hoffen, daß die geplante Rettungsaktion gelinge!

Kalenderreform. Vorschläge zur Kalenderreform tauchen immer wieder einmal auf und beweisen aufs deutlichste, daß ein gewisses Bedürfnis nach Veränderung unserer Zeitrechnung besteht. Vor allem sind es praktische Gesichtspunkte, die zu solchen Bestrebungen führen; meist haben sie das Ziel, die beweglichen Feste (Ostern und Pfingsten) in unbewegliche umzuwandeln und den ganzen Kalender zu vereinfachen. Ein derartiger Vorschlag, welcher neuerdings von dem Arzt Ludwig Boock, Schneidemühl, vertreten wird, verdient einige Beachtung, da er einen „immerwährenden“ Kalender erstrebt, d. h. in allen Jahren sollen die Daten auf den gleichen Wochentag. In diesem Kalender beginnt das Jahr mit dem Neujahrstage ohne besondere Wochentagsbezeichnung; im Schaltjahr folgt auf ihn der zweite Neujahrstag, ebenfalls ohne weitere Bezeichnung. Hieran schließen sich die Monate Januar, Februar und März, jeder zu 28 Tagen. Jede Woche beginnt mit einem Sonntag. So ist also jeder Erbe des Monats ein Sonntag, jeder 18. ein Mittwoch usw. Um nun die Differenzen mit dem gegenwärtigen Kalender auszugleichen, wird zwischen März und April eine „selbständige Woche“ eingeschoben, die „Osterwoche“, deren erster Tag der erste Osterfesttag ist. Zwischen Juni und Juli wird dann die „Pfingstwoche“ mit den Pfingstfesttagen am Anfang eingeschoben, zwischen September und Oktober die „Herbstwoche“, und an das Jahresende wird, auf den Monat Dezember folgend, die „Weihnachtswoche“ mit den Weihnachtstagen eingefügt. Der 7. Tag der Weihnachtswoche ist dann der letzte Tag des Jahres, Silvester. — Ein derartiger Kalender würde sicher Vorteile bieten, besonders für die Geschäftswelt. Es ist aber eine eigentümliche Tatsache, daß man doch auch in unserer Zeit, die alles möglichst praktisch eingerichtet haben will, mit Jähzorn an dem alten und sicher unbequemen Kalender festhält und allen Bestrebungen zur Verbesserung größten Widerstand entgegensetzt.

## Der Reichspräsident in Weimar.

Weimar, 19. Juni. (Eig. Draht.) Anlässlich der Eröffnung der Deutschen Schillerbund-Festspiele wählte der Reichspräsident Genosse Ebert heute in Weimar. Er traf, wie wir bereits kurz meldeten, mittags gegen 12 Uhr ein. Am Bahnhof erwartete ihn eine unübersehbare Menschenmenge. Zum Empfang waren Staatsminister Frickh von der Thüringischen Landesregierung, der Staatsdirektor und andere Persönlichkeiten der Regierung sowohl als auch der Stadt Weimar erschienen. Ebenso war eine Hundertschaft Landespolizei zum Empfang abkommandiert.

Nachmittags fünf Uhr fand in den Räumen der Thüringischen Staatsbank eine Besprechung mit den Mitgliedern der Thüringischen Staatsregierung, sowie ein Empfang des Landtagspräsidenten und der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion statt. Abends wohnte der Reichspräsident einer Vorstellung des „Hamlet“ im Deutschen Nationaltheater bei. Der Vorsitzende des Schillerbundes und Leiter der Jugendfestspiele Professor Scheidemann hielt in einer kurzen Ansprache den Reichspräsidenten herzlich willkommen, worauf

### Reichspräsident Ebert

wie folgt antwortete: „Haben Sie, Herr Professor, herzlichen Dank für die freundlichen Worte des Willkommens, die Sie mir gewidmet haben. Es ist ein glücklicher Gedanke des Schillerbundes gewesen, an dieser klassischen Stätte, auf diesem geweihten Boden alljährlich Festspiele zu veranstalten und zu diesen Aufführungen deutsche Jugend aller deutschen Stände in Weimar zu vereinigen. So habe ich heute hier die Freude, das deutsche Jungvolk aus den verschiedenen Gegenden des Vaterlandes zu begrüßen und aufrichtig willkommen zu heißen. Mit besonderer Herzlichkeit richte ich meinen Gruß an Euch, Ihr, Söhne und Töchter aus Rheinland und Westfalen, deren Heimat unter den unerhörten Gewalttaten brutaler fremder Willkür leidet. Möget Ihr hier an frischer Quelle deutschen Geistes und deutscher Kultur eine Stärkung finden zum tapferen Aushalten in aller Drangsal und Bedrückung und die Zuversicht mitnehmen, daß deutscher Geist und deutsches Volkstum nie untergehen werden. Ihr, deutsche Jugend, seid die Hoffnung, seid die Zukunft unseres Vaterlandes, um deren willen wir in diesem Augenblicke die schwere Last der Gegenwart tragen. Ihr sollt, Ihr werdet wieder lichtere Tage sehen, seid aber stets eingedenk, daß auch Ihr Pflichten habt gegen Euer Vaterland und Euer Volk. Führt Euch mit Hingabe und Liebe als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft. Lebt nicht allein deutsche Taten der Vergangenheit, sondern wirkt mit an den Aufgaben der Gegenwart und steht mit gegenseitigem Verständnis und Einigkeit zusammen, die allein uns stark machen kann. Habt Freude am Aern und an der Arbeit und nehmt von dieser Stätte, wo die Großen des Reiches des Besten Unsterblichkeit geschaffen haben, die Begeisterung für alles Gute, Edle und Schöne. Dann werdet Ihr, unsere Jugend, tüchtige pflichttreue Bürger im deutschen Volksstaat werden auf sicherem Boden stehen, in einem Vaterlande leben, das wieder gleichberechtigt und kraftvoll in der Reihe der Völker wirkt. In diesem Wunsche wollen wir zusammen rufen: Deutschland, unser in aller Not doppelt teures Vaterland, es lebe hoch!“

Die Anwesenden stimmten mit Begeisterung in das Hoch ein und sangen dann das Deutschlandlied.

Nach Theaterschluss um 11 Uhr fand vor dem Theater eine Rundgebung der republikanischen Jugend statt.

## Grober Unfug.

Der „Firn“ veröffentlicht einen schmalzigen Artikel, dessen Schluss lautet: „Es Deutschlands Republik nicht ihre Fahne ins Blut der Feind und Bedrücker gesenkt hat, hat sie keinen Anspruch auf Ehre und Leben. Und wenn ihr die deutsche Jugend fragt, dann werden Millionen aufatmender Brüste freudig den letzten Stoß gegen unsere Ehre und Freiheit auszulassen.“ Die mit schwerindustriellen Geldern gespeiste „Telegraphen-Union“ verbreitet Auszüge aus dem Artikel mit dem Bemerkung, daß der „Firn“ eine sozialistische Monatschrift ist. Die „L.-U.“ könnte mit demselben Recht Stinnes einen Sozialisten nennen.

Der „gehobene“ Rummelpfad. Conney Island, der „größte Rummelpfad der Welt“, auf dem sich Millionen von New Yorker in einem Strudel sinnverwirrender Vergnügungen herumtreiben lassen, soll jetzt „gehoben“, d. h. verfeinert werden. Die Amerikaner sehen ein, daß es dort doch etwas zu wild zugeht, und sie wollen deshalb aus der Insel einen eleganten Badeort machen. Ob freilich damit nicht die eigentliche „Seele“ von Conney Island, dieses Gemisch von Grandiosität und Stumpfheit, wegen dessen es weltberühmt ist und überall Schule gemacht hat, verloren geht, ist eine andere Frage. An heißen Sommertagen strömen mehr als eine halbe Million Erholungsuchender aus dem vielfachen Völkergemisch der Hiesigen nach den kühlen Strandflächen der Insel, von denen die Vergnügungsstadt nur einen Teil in Anspruch nimmt. Der Hauptverkehrspegel dieser phantastischen Anlage, Surf Beach, ist ein einzigartig unter den berühmten Stränden der Welt. Ueber eine Strecke von fast 2 Kilometer hin erheben sich zu beiden Seiten zwei prächtige, dem Abends bunt beleuchtete Gebäude, in denen man alle nur erdenklichen Sehenswürdigkeiten bewundern und Genüssen erleben kann. Für ein paar Cents kann man hier den „Knaben mit den Schweinsaugen“ sehen oder zwischen den beiden „Dämonen Frauen der Welt“ wählen. Man kann Sir Edward, den „Zauberer des Bades“ besuchen und 200 Dollar gewinnen, wenn man ihn „zum Baden bringt“. Wagenmutige Fährchen können sich in eine „Liebestonne“ verpacken und im tollsten Tempo herumfahren lassen usw.

Neben diesen fragwürdigen Wundern von Conney Island ist die eigentliche Schönheit dieses Erdensiedels, seine Lage im Atlantischen Ozean, wenig beachtet worden. Sie soll nun auch zu ihrem Recht kommen. Um das Schauspiel und den Genuss des Meeres den Besuchern näher zu bringen, haben die Magnaten von Conney Island, meistens Millionäre, unter dem Aufwand von einer halben Million Dollars eine 80 Fuß breite, 1 1/2 Kilometer lange und 15 Fuß über dem Wasser zur Nutzzeit liegende Strandpromenade errichtet. Gigantische Hotels schließen an dieser Strandpromenade in die Höhe, zu schweben von dem Duzend großer Badehäuser, die mit Leichtfertigkeit 200 000 Personen aufnehmen können. Die Stände für Händler und Verkäufer von Waren aller Art auf dieser Promenade werden mit Reizenpreisen bezahlt. Ein schöner heißer Sommerabend oder Sonntag ist für Conney Island ein Erntetag, und die Geldsummen, die dann eingenommen werden, bringt man in Panzerautos, die mit Wachen mit geladenen Gewehren bemantelt sind, nach den New Yorker Banken. In guten Jahren wird der Ertrag der Sommeraison auf Conney Island mit 20 Millionen Dollar eingeschätzt.

Die Staatsoper teilt mit, daß — entgegen gewissen Zeitungsberichten — die Sänger Schumann und Arnheim noch nicht in ihrem Besondere verbleiben. Herr Schumann, der für die verfallene Spielzeit für eine Reihe von Abenden verpflichtet war, ist bereits ausgeschieden.

Der amerikanische Touristenverkehr nach Europa ist nach den Angaben für die atlantischen Raistenpassagen um ein Drittel zurückgegangen. Als Gründe dafür werden von den amerikanischen Reisebüros angeführt die ungünstigen Verhältnisse in Europa infolge der Ruhrbekämpfung und andererseits die Unsicherheit über die Entscheidung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Union. Auch die Berichte von Uebervorteilungen sollen manche Reiseflüchtige abgeschreckt haben.

## Der Kampf gegen den Währungsverfall.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften verhandeltem am Dienstag mit dem Reichsarbeitsministerium über die Einführung wertbeständiger Löhne bzw. Gehälter, die in erster Linie von den freien Gewerkschaften gefordert wird. Die Besprechung ergab, daß sich die Absichten des Arbeitsministeriums und die Vorschläge der Gewerkschaften teilweise in gleicher Richtung bewegen, über entscheidende Punkte jedoch noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die maßgebenden Instanzen des Arbeitsministeriums erwarten schon im Laufe der nächsten Woche eine endgültige Erledigung der Frage, die sich im allgemeinen an die Vorschläge der Gewerkschaften hält. Schwierigkeiten scheinen nur von dem Reichsfinanzministerium zu erwarten zu sein.

Die Reichsregierung beabsichtigt nach gegenseitiger Vereinbarung mit den Banken eine neue Sühnungsaktion, die bekanntlich von der Sozialdemokratie bald nach dem Zusammenbruch der ersten Aktion immer wieder verlangt worden ist. Welche Wege die Regierung bei der neuen Aktion beschreiten will, steht vorläufig noch nicht fest. Am Donnerstag beabsichtigen der Reichskanzler und der Reichsaussenminister, sich mit den Parteiführern über die außenpolitische Lage und die neuen Pläne zur Stützung der Mark zu unterhalten.

Offiziös wird gemeldet: Beim Reichskanzler fanden am 18. und 19. Juni eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken statt. Gegenstand der Beratung waren die Maßnahmen, durch die dem Sturz der Mark Einhalt geboten werden soll. Die Besprechungen ergaben die volle Uebereinstimmung aller Beteiligten, daß der gegenwärtige Markkurs unter das wirtschaftlich und politisch berechnete Maß herabgedrückt ist. Nach dem bisherigen Verlauf ist zu erwarten, daß die Besprechungen alsbald zu einem günstigen Abschluß gebracht werden können.

## Die neuen Bezüge der Eisenbahner.

Im großen Saale der Brauerei Bölow nahmen gestern abend die Mitglieder des Deutschen Eisenbahner-Bandes Stellung zum Ergebnis der Verhandlung über die Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner. Leider konnte der Saal die Massen, die erschienen waren, nicht fassen. Das Resultat wurde vom 2. Vorsitzenden des Verbandes Bernhard bekanntgegeben. Danach sind die Stundenlöhne ab 15. Juni folgende:

Lohngruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Bohn	4800	4980	4500	4440	4968,—	4920	4272,—
Ortslohnzulage	1440	1404	1368	1332	1310,40	1296	1281,60
insgesamt	6240	6384	5868	5772	6278,40	6216	5553,60

Die Frauen (Lohngruppe VIII) erhalten 70 Proz. der Lohngruppe VII.

Der Frauenausschlag sowie der Kinderausschlag beträgt ab 15. Juni 300 M. jährlich.

## Der steuerfreie Lohnanteil.

### Annahme unseres Antrags im Ausschuß.

Der Steuerauschuß des Reichstages beriet gestern abend die von der Sozialdemokratie beantragte Erhöhung des steuerfreien Einkommens beim Steuerabzug. Der sozialdemokratische Antrag sah eine Erhöhung aller Sätze um das Fünffache vor, während die Regierung die Sätze für Mann und Frau um das Vierfache, für die Kinder um das Fünffache, die Werbungskosten aber nur um das Dreifache erhöhen wollte. Die sozialdemokratischen Redner wandten sich heftig gegen diese unzulänglichen Vorschläge. Angesichts des Marksturzes, der Preisprünge und der voraussetzlichen Lohnerhöhungen sei die Erhöhung um das Fünffache das Allermindeste, und davon könne die Sozialdemokratie nicht abgeben. Auch der Redner des Zentrums lehnte den Regierungsvorschlag ab und unterstützte den sozialdemokratischen Antrag. Dagegen fand der Volksparteiler Dr. Scholz trotz der offenkundig dagegenstehenden Tatsachen, daß dieser Antrag die Gefahr einer Steuerfreiheit der Lohn- und Gehaltsempfänger in sich birgt; er hielt die Regierungsvorschläge insbesondere bei den Werbungskosten für ausreichend. Die sozialdemokratischen Redner stellten die offensibare Unrichtigkeit dieser Ausführungen fest und betonten nachdrücklich, daß unter dem jetzigen Steuerrecht die Lohn- und Gehaltsempfänger die alleinigen Stützen der Reichskasse seien, weil sie nicht nur ohne Rückstände, sondern auch pünktlich und vorher die Steuer entrichteten. Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge mit den Stimmen der Sozialdemokraten und eines Zentrumsvotreters gegen die Stimmen aller übrigen bürgerlichen Abgeordneten angenommen. In einem Augenblick also, wo die bürgerlichen Abgeordneten alles daran setzen, um die Steuerlast der Befehlenden zu mindern, verweigern sie den Lohn- und Gehaltsempfängern die Minderungen, die durch die Geldentwertung erforderlich sind und verhindern sollen, daß das Steuerrecht noch größer wird als bisher.

## Die Ausweisungen.

Köln, 19. Juni. (Mit.) Eine Zusammenstellung der Reichsbahndirektion ergibt, daß in der Zeit vom 10. Januar bis 2. Juni 1923 aus ihren Wohnungen vertrieben wurden 5764 Eisenbahner, ausgewiesen 4568. Die Zahl der von der Verdrängung Betroffenen beträgt 17 237, die Zahl der von der Ausweisung Betroffenen 11 151. Verhaftet wurden 564; von Kriegsgerichten verurteilt 105 Eisenbahner.

An neuen Ausweisungen werden gemeldet aus Düsseldorf 59, aus Trier 80, aus Darmstadt 23, aus Bingerbrück 120, aus Raing 29 Eisenbahnbeamte.

Am 15. Juni wurden aus dem Trierer Bezirk im ganzen 192 Familien ausgewiesen, davon allein aus Gerolstein 171 Familien.

## Steuern und Geldentwertung.

### Eine Funktionärkonferenz.

An das Referat des Genossen Heinig auf der gestrigen Funktionärkonferenz, über die wir in der Beilage berichteten, schloß sich eine Diskussion, in der Genosse Kroll erklärte, daß die Lohnsteuer auch bei den jetzigen Abzügen noch viel zu hoch ist. — Krietsch forderte schärferen Kampf für Wiedereinführung einer erhöhten Ausfuhrabgabe. Daß unsere Handelsbilanz passiv scheint, sei daraus zurückzuführen, daß unsere Industrie bei der Ausfuhr viel zu niedrig deklariert. — Wermulla fragte über Verpöschung der Revolution. — Meyer wandte sich gegen die freie Wirtschaft im Ernährungswesen. Er forderte Einstellung jedes Luxusimports und Unterbindung der Devisenspekulation. — Büchner brachte zur Sprache, daß Erwerbstlose oft bei Wiedereintritt in eine Arbeitsstelle sich ihr Recht auf steuerfreie Beträge nehmen lassen. — Denker beantragte die bisherige Taktik der Partei in der Steuerpolitik als eine Art „Burgfriedenstaktik“. Der Regierung Luno müsse ein Ultimatum gestellt werden. Er legte eine entsprechende Resolution vor. — Nach einem Schlußwort Heinigs wurde die Resolution abgelehnt.

## Neue Repressalien im Ruhrgebiet.

### Beschlagnahme von Halden und Industrieanlagen.

Essen, 19. Juni. (Mit.) Der General der Rheinarmee erläßt eine Verordnung 43, wonach zur Erzwingung der Wiederherstellungslieferungen die fraglichen Industrie- und Haldenanlagen von den Befehlungsbehörden in eigene Regie genommen oder konfisziierten Personen übertragen werden können. Die Unkosten sollen von der deutschen Regierung oder von den deutschen Staatsangehörigen getragen werden, die die Lieferung der Produktion verweigert haben. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 50 Millionen Mark, Sabotageakte mit lebenslänglicher oder wenigstens zehnjähriger Zwangsarbeit bestraft. Die Direktoren von beschlagnahmten Anlagen, die Sabotageakte nicht verhindern, werden mit 15 Jahren Gefängnis und 150 Millionen Mark Geldstrafe bedroht.

In einer weiteren Verordnung werden die Vorschriften über den Personentransport neu geregelt, der künftig von einer Genehmigung der Befehlungsbehörde abhängig ist. Im Falle der Erlaubnis werden für jede Bewilligung Gebühren von 50 000 bis 500 000 Mf. erhoben.

Ludwigshafen, 19. Juni. (Mit.) Die Zuckerraffinerien in Frankfurt, Friedensau und Offen sind gestern von den Franzosen besetzt und ihre Vorräte beschlagnahmt worden. Man nimmt an, daß sich das Vorgehen ähnlich wie in der Badischen Anilinfabrik oder den höchsten Farbwerken gestalten wird. In Offen haben die Arbeiter den Betrieb sofort stillgelegt.

### Acht Forderungen aus dem Ruhrgebiet.

Eberfeld, 19. Juni. (Eig. Draht.) Augenblicklich beraten maßgebende Persönlichkeiten von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus dem Ruhrbezirk über ein Gutachten, das der Reichsregierung in der Frage des passiven Widerstandes überreicht werden soll. Dieses Gutachten umfaßt: 1. Aufgabe der Regie, 2. Rückkehr der Ausgewiesenen, 3. Entlassung der Eingekerkerten, 4. Verzicht auf alle Zwangsmassnahmen, 5. Beseitigung der Ab-sperrungs- und Kontrollmassnahmen, 6. Wiederherstellung des Telephon- und Telegraphenverkehrs, 7. Entschädigungen für Verletzungen und Tötungen durch das französische Militär, 8. Entschädigung für weggenommene Privatproduktionen. Das Gutachten soll am Mittwoch der Reichsregierung übermittelt werden.

## Die Kammermehrheit für Poincaré.

Paris, 19. Juni. (Eig.) In der heutigen Kammer Sitzung wurde mit 357 gegen 200 Stimmen beschlossen, die Rede Poincarés vom verfloffenen Freitag über die innere Politik öffentlich anzuschlagen zu lassen. Das Stimmverhältnis ist genau das gleiche, wie bei dem Vertrauensvotum am Freitag.

Paris, 19. Juni. (Eig.) Laut „Devoir“ haben die Unterstaatssekretäre Riol, Vidal, Lafont und Eynac Poincaré dargelegt, daß ihre politischen Freunde (die Radikalen) wegen ihrer Abstimmung nach der letzten Interpellationsdebatte über die innere Politik der Regierung nicht mehr die nötige Unterstützung geben würden und daß sie infolgedessen ihren Rücktritt beabsichtigten. Poincaré habe erwidert, daß er dann seine Demission einreichen würde. Für den Augenblick bestanden die Unterstaatssekretäre daher nicht auf ihrer Forderung.

Die Senatsgruppe der demokratischen Linken will von Poincaré Aufklärung über seine Stellungnahme zur entschiedenen bürgerlichen Linken fordern.

Ein Antrag, die Reden einiger rechtsstehender Debatte-rechner vom Freitag öffentlich anzuschlagen, wurde mit 388 gegen 173 Stimmen abgelehnt. Die Sozialisten beabsichtigten die Reden durch diesen Antrag agitatorisch auszubenten.

## Was meint er?

### Der polnische Staatspräsident gegen militärische Gewalt-herrschaft.

Warschau, 19. Juni. (Mit.) Bei Gelegenheit der Anwesenheit des polnischen Staatspräsidenten in Katowitz fanden dort große Feierlichkeiten statt. Auf dem Sockel des in die Luft gesprengten Denkmals Wilhelms I. wurde eine Gedenktafel für die gefallenen Infanteristen enthüllt, wobei Korjanty seine Rede mit den Worten schloß: „Sollte der bedrohliche Augenblick kommen, dann werden wir alle wie ein Mann zum Schutz unserer Westgrenze aufstehen!“

Am Abend hielt Staatspräsident Wojciechowski bei einer Festlichkeit eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Unser Auge muß nach Westen gerichtet sein, nicht nur deshalb, weil uns von jener Seite eine Bevölkerung umgibt, die sich mit der Kraft der Gewalt und der geistigen Kultur in polnisches Land hinein-greifend hat, sondern auch darum, weil unsere polnische Kultur tiefe christliche Prinzipien hat und das Christentum in Polen die Grundlage der bodenständigen Zivilisation ist. Von unseren westlichen Nachbarn aber fürchten wir, daß die Macht größer ist als das Recht. Es war ein Gewaltakt gegen die christliche Kultur; und darum ist es auch geschehen, daß die großen Rechte, die da glauben, mit militärischer Gewalt und Kanonen die Menschheit zu unterjochen, nicht mehr existieren und daß neue Staaten aus ihren Trümmern entstanden sind; in erster Linie wir, die wir eine glänzende Kultur besitzen, die die Völker unter der Parole der Liebe und nicht der Gewaltakte geeint hat. Wir gerade sind dazu berufen, dem Westen zu sagen, daß es mehr gibt als die brutale Gewalt; daß es eine Kraft gibt, die in der Achtung der Menschheit ruht.“

Abgesehen davon, daß das christliche Polen durch militärische Gewalt und nicht durch Recht, nicht einmal durch Versailles Recht, sein Gebiet von Ostgalizien und Wilna erweitert hat — bei seiner Anlage gegen die westliche Gewalt der Kanonen hat er wohl bei seinen Hörern vorausgesehen, daß sie nicht zu weit nach Westen denken; nicht über die waffenlose deutsche Republik hinaus, deren Träger und Stützen just die schärfsten Gegner der alten preussischen Polenpolitik gewesen sind, nicht westlich bis nach Westfalen, wo deutsche Arbeitsmenschchen von schwerbewaffneter Kriegsmacht unsagbar gequält und jetzt auch noch buchstäblich ausgehungert werden.

Wenn Herr Wojciechowski den Fatalisten von einst, die heute die deutsche Republik des Friedens und der Völkerverständigung bestimmen, neuen Agitationsstoff zu ihrer nationalen Hege liefern wollte — er hätte nicht anders werden können als in Katowitz, unter den Auspizien des Bandenhäuptlings Korjanty. Ein Glückwunschtelegramm des unablässig in gleicher Richtung bemühten Herrn Poincaré hat der polnische Staatspräsident ehrlich verdient!

Für Annexion Danzigs durch Polen sollen in ganz Polen öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Die Resolutionen sollen — natürlich! — an Poincarés Vorkämpferkonferenz gehen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Von den Reichslohnverhandlungen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen für die Staats- und Gemeindefabrikanten ist noch zu berichten, daß die Ortslohnzulagen in folgender Weise gekürzt wurden: Diejenigen Orte, die bisher eine Ortslohnzulage von 70 und 68 Proz. hatten, erhalten fortan 58 Proz.; diejenigen, die bisher 65 Proz. hatten, erhalten jetzt 54 Proz.; diejenigen, die bisher 63 und 60 Proz. hatten, erhalten jetzt 54 Proz.; diejenigen, die bisher 55 Proz. hatten, erhalten jetzt 50 Proz. und diejenigen, die bisher 50 Proz. hatten, erhalten fortan 48 Proz. Anstatt einer einmaligen Entschädigungssumme ist eine Verteilung in der Lohnzahlung dahingehend eingetreten, daß jetzt der Lohn nicht mehr wie bisher 5 Tage nachträglich gezahlt, sondern für die laufende Woche gezahlt wird.

Die Beratungen über die Erhöhung der Beamtengehälter begannen gestern nachmittag. Die Verhandlungen führten zu einer Verständigung. Der Teuerungszuschlag wird auf 6000 Proz. ab 16. Juni erhöht, die Frauenzulage beträgt künftig 64 000 M., die Befähigungszulage ist für alle Orte gleichmäßig auf 80 000 M. festgesetzt. Die Auszahlung der Bezüge soll mit größtmöglicher Beschleunigung erfolgen.

## Nach dem Streik in Oberschlesien.

Am 17. Juni fand in Hindenburg eine Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt, die sich ausschließlich mit dem vergangenen Streik befaßte. Die Konferenz, die von 346 Betriebsräten und Funktionären des Verbandes besucht war, verurteilte einmütig den sinnlos und gegen alle gewerkschaftlichen Kampfregeln vom Zaun gebrochenen Streik. Mindestens drei Viertel aller Arbeiter wollten den Streik nicht. Sie wurden aber gewaltsam durch zum Teil bewaffnete Banden an der Weiterarbeit verhindert. Es wurde einmütig festgestellt, daß die Selbstschützer nicht nur die Streikleitungen beschützten, sondern daß sie auch Streikposten gestanden und die zur Arbeit gehenden Arbeiter gewaltsam bedroht haben. Heftigkeit, aber auch große Empörung löste die Verlesung des Berichtes der Berliner „Roten Fahne“ vom 12. Juni über den Gleimthier-Betriebsrätekongress aus. Dieser Bericht ist von Anfang bis zu Ende erlogen.

Folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:

Die am Sonntag, den 17. Juni 1923 im Gewerkschaftshaus zu Jaborze-Hindenburg tagende außerordentliche Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, an der 346 Betriebsräte, Vertrauensleute und sonstige Funktionäre teilnahmen, stellt fest:

Die Unruhen in verschiedenen Gegenden Deutschlands und auch die letzte Streikbewegung in Oberschlesien konnten nur erwachsen aus der Tatsache, daß die Löhne nicht rasch genug der wahren Preissteigerung folgten. Regierung, Devisenspekulanten und diejenigen Unternehmungskreise, die sich gegen eine rasche Anpassung der Löhne an die Preise wehrten, sind für diese Entwicklung mit verantwortlich. Die Konferenz stellt aber weiter fest, daß infolge der unausgesetzten Währungsarbeit gewissenloser Elemente der Einfluß der gewerkschaftlichen Verbände in Arbeiterkreisen erschüttert wurde. Die durch die wirtschaftliche Not in der Arbeiterschaft herrschende Erbitterung wurde von nach Oberschlesien entwandten kommunistischen Agitatoren ausgenutzt und die Arbeiterschaft in einen ausichtslosen Streik gekehrt.

Der größte Teil der Forderungen, die erst aufgestellt wurden, nachdem der Streik ausgerufen war, kann nur geregelt werden auf zentraler Grundlage. Ueber Lohnfragen kann nach dem zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Bergbau bestehenden Vertragsbestimmungen nicht für ein einzelnes Revier gefordert, sondern auf zentraler Grundlage für das ganze Reich verhandelt werden. Diese Verhandlungen waren, als der Streik proklamiert wurde, vorher bereits eingeleitet. Der Streik in Oberschlesien war also im gegenwärtigen Augenblick nicht nur sinnlos, sondern schädigt die Arbeiterschaft aufs schwerste.

Die Versammelten erkennen an, daß die Gewerkschaftsleitungen für dieses sinnlose, die Arbeiterschaft, ihre Frauen und Kinder ungeheuer schädigende Verhalten die Verantwortung nicht übernehmen und daher die Führung des Streiks ablehnen müssen. Dieser Streik war verloren, ehe er begonnen, und er hätte auch keinen anderen Ausgang genommen, wenn ihn die Gewerkschaften geführt hätten. In einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges, in der hunderte Tausende von Arbeitern arbeitslos und ebensoviel in beschränkter Arbeitszeit arbeiten, ist es unmöglich, gegen das Kapital auf bezwecklicher Grundlage wirtschaftliche Kämpfe siegreich auszutragen. Der letzte ober-schlesische Streik lag nicht im Interesse der Arbeitnehmer, sondern diente den Interessen der Arbeitgeber.

Am aber die verführten Arbeiter wenigstens vor dem größten Unglück zu schützen, wären die Gewerkschaftsleitungen trotzdem bereit gewesen, die Bewegung in die Hand zu nehmen, wenn das die verantwortlichen Funktionäre, die sich zum Teil in solchen Tagen die Entscheidung haben, durch Beschluß gefordert hätten. Diese Beschlusfassung wurde von der wilden Streikleitung verhindert, indem sie durch irreführende Arbeiter Versammlungen durch gewaltsames Eindringen in den Saal sprengen ließen. Aus allen diesen Gründen erklärt sich die Revierkonferenz mit der Haltung der Bezirksleitung einverstanden und spricht ihr das Vertrauen aus. Insbesondere verurteilen die Versammelten die Ver-

teuerungen und die unwahrhafte Hebe, die sich gegen den Bezirksleiter, Kamerad Franz, richtet. Die Versammlungen versprechen, dieser Hebe mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre des Verbandes bedauern, daß Kamerad Franz sein Amt als Bezirksleiter niedergelegt hat und eruchen ihn dringend, seinen Entschluß rückgängig zu machen und die Leitung des Verbandes wieder zu übernehmen.

An die Arbeiterschaft, insbesondere an die organisierten Kameraden wird der Appell gerichtet, treu und fest zur Organisation zu stehen und in Zukunft nur Befehle der Organisationsleitung zu folgen.

In der Entlohnung muß ein Modus gefunden werden, durch den verhindert wird, daß sich der Reallohn trotz fortgesetzter Lohnsteigerung fortwährend verschlechtert. Die Revierkonferenz er-

# Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen



Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

wartet, daß die verantwortlichen Stellen den bereits nach dieser Richtung vor längerer Zeit von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gestellten Anträge zustimmen. Eine weitere Verlesung der Arbeiterschaft muß unter allen Umständen vermieden werden.

Die Sabotage der Tätigkeit der Betriebsräte durch die Verwaltungen muß aufhören. Der Parteikampf muß entsprechend den gestellten Anträgen durch die Organisationen so schnell als möglich zum Abschluß gebracht werden. Einer etwa beschaffigten Kleinlichen Kaderpolitik müssen die Organisationsleitungen mit allen Mitteln entgegenwirken. Um Hungerrevolten zu verhindern, werden die Arbeitgeber ersucht, einen größeren Vorschub an die Arbeiterschaft zu zahlen, der später ratenweise in Abzug zu bringen ist. Auch die Funktionäre, die der kommunistischen Partei angehören, stimmen dafür.

## Hilfe für die schlesischen Landarbeiter!

Vom Vorstand des ADGB wird uns geschrieben: „Der Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes hat am 13. Juni wegen der notwendigen weiteren Durchführung des schlesischen Streiks die Bundeshilfe beantragt. Es stehen in Schlesien 90 000 Landarbeiter und -arbeiterinnen nun schon in der vierten Woche im Streik, ohne bisher Streikunterstützung erhalten zu haben, weil der Verband allein den Streik nicht finanzieren kann.“

Es ist den Streikenden in den letzten Versammlungen versprochen worden, daß von nun an besonders bedürftige Familien Unterstützung gezahlt wird. Damit erklärten sich die Streikenden einverstanden und werden den Kampf wie bisher geschlossen weiterführen, bis die Löhne der Lebensmittelwertung angepasst werden. Der Vorstand des ADGB hat, da er schweigend allein nicht darüber entscheiden kann, ob die Bundeshilfe zu Landarbeitern zu gewähren ist, sondern die Entscheidung allen Verbandsorganen obliegt, den Antrag des Landarbeiterverbandes den Verbandsvorständen befürwortend unterbreitet. Er glaubt, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die schlesischen Landarbeiter und -arbeiterinnen so weit als möglich unterstützen werden.“

## Ein nützliches Ende.

Mit der Unterstützung der Landarbeiter durch die Gewerkschaften wird die Kampffront der Streikenden eine neue wesentliche Stärkung erfahren. Die von den Agrariern erwartete Niederlage der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft dürfte also noch lange auf sich warten lassen. Im Interesse der Volkserziehung ist es deshalb sehr Pflicht der Regierung, die sonst bei anderen Anlässen so übereifrig tut, vermittelnd eingreifen.

weil als Stichtage für die Fassung der 6. bzw. 8. April festgesetzt war. Die eingereichten Anträge zwecks Zahlung der Lohnerrhöhung an die bereits ausgeschiedenen Arbeitnehmer der aufgelösten Betriebe wurden nach wochenlangem Warten und „wohlwollender“ Prüfung durch die einzelnen Dienststellen und Ministerien abschlägig beschieden, so daß den entlassenen und zum größten Teil noch erwerbslos bleibenden Arbeitnehmern zu der außerordentlich schweren Notlage, in der sie sich befinden, der Schaden zugefügt wurde, daß man ihre im Monat März geleistete Arbeit materiell geringer bewertete, als die der noch am 8. April in Staats- oder Reichsbetrieben Beschäftigten. Durch einen Erlass im Mai wurden die Uebergangsgebühren dahingehend geregelt, daß nicht nur 26 Arbeitsstage bei der Berechnung als Grundlage dienen, sondern 1% des zuletzt bezogenen Monatslohens. Nachdem ungefähr 14 Tage seit der Bekanntgabe des Erlasses verstrichen waren, hatte sich die Abwicklungsstelle Karlsruh auf Drängen der Entlassenen entschlossen, auf die Erhöhung eine Abschlagszahlung zu leisten, weil sie mit dem geringen zurzeit zur Verfügung stehenden Personal nicht in der Lage sei, die endgültige Berechnung vorzunehmen. Nach erfolgter Abschlagszahlung verfloßen zwei Wochen, ohne daß die Auszahlung der Restsumme zu erwarten war. Angesichts der sich steigernden Not beschloßen die von der Auflösung betroffenen Arbeitnehmer, um der Gefahr vorzubeugen, daß mit der Restsumme, die ungefähr 10 000 bis 12 000 Mark beträgt, in absehbarer Zeit vielleicht kein Brot zu kaufen ist, die Dienststelle aufzufordern, innerhalb zwei bis drei Tagen die Auszahlung des restlichen Betrages erfolgen zu lassen. Der Erfolg war, daß das Geld nicht gezahlt wurde.

Derartige Zustände in einer Zeit, in der jede Lohnerrhöhung durch die Lohnsteuer erfasst, der Besitz die größtmögliche Schonung genießt, der Dollar immer größere Sprünge macht und die Lebensmittel märchenhafte Preise erreichen, dürften sicher nicht dazu angehen sein, das Vertrauen zu den republikanischen Behörden und zur Regierung zu heben.

Es sei aber zum Schluß eine Frage erlaubt, ob die Beamten der Gehaltsstufen XI bis XIII ebenfalls vier bis fünf Wochen nach Bewilligung der Gehaltszulagen auf die Auszahlung der Bezüge warten müssen, wie die entlassenen Arbeitnehmer der ehemaligen Kesselwagenreparaturwerkstatt Karlsruh auf die Restzahlung der Uebergangsgebühren?

## Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Entsprechend der sprunghaften Verteuerung aller Artikel des täglichen Bedarfs hatten die Holzarbeiter eine Lohnforderung von 100 Proz. gestellt. Nach längeren Verhandlungen machten die Arbeitgeber ein endgültiges Angebot von 45 Proz., womit der Stundenlohn für die Woche vom 17. bis 23. Juni 5449 M. betragen würde. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer konnte diesem Angebot ihre Zustimmung nicht geben. Die Funktionäre der dem Reichsmittelvertrag unterstehenden Betriebe nahmen heute abend 7 1/2 Uhr in Altmers Festhalten dazu Stellung.

In der Holzfabrikhandlung Henschel & Co., Tempelhof Straße a. d. Ringbahn 23, haben die Arbeiter und Arbeiter seit Montag im Streik. Sie erhielten bisher einen Lohn, der augenblicklich unter dem Satz der Erwerbslosenunterstützung liegt. Die bisherigen Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß der Arbeitgeber, Herr Wiedemann, sich herbeiließ, den Arbeitern zu ihrem bisherigen Stundenlohn von 1800 Mark eine Zulage von 500 Mark gnädigst gewähren zu wollen. Die Firma, die sicherlich nicht verläumt hat, den Preis ihres Holzlobes der Marktwertung gehörig anzupassen, wird wohl oder übel auch dazu übergehen müssen, die Löhne der mit der Marktwertung verbundenen Lebensmittelpreise in einen besseren Einklang zu bringen. Wer arbeiten soll, muß doch auch essen; trotz der heutigen Regel, daß die, die am wenigsten arbeiten, am besten essen.

Flachglasarbeiter, Hilfsarbeiter. Auf den bestehenden Lohn wird vom 16. bis 22. Juni ein Zuschlag von 99 Proz. und vom 23. bis 30. Juni ein Zuschlag von 100 Proz. gezahlt. Lohnabkommen sind im Bureau zu haben.

Die Hafenarbeiter von Buenos-Aires streiken, weil der wegen Lötlung eines Oberseils eingekerkerte Deutsche Kurt Widens in seiner Zelle erschossen worden ist.

## Funktionäre aller APD-Gewerkschaften!

Am 7. Uhr im Deutschen Hof, Berliner Straße 15, großer Saal, wichtige Versammlung. Auf dem Programm: „Wirtschaftskatastrophe, Währungsverfall, Weltwirtschaftliche Lage“. Regelmäßige: Funktionäre und Mitglieder eines APD-Gewerkschafts.

## Lindström-Konzern.

Am 7. Mittwoh, mittags 12 1/2 Uhr, Streikversammlung in der Bismarckstr. 12, 12. Etage.

Abend, Zimmer 1. Heute abend 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Bezirksversammlung: um 7 1/2 Uhr bei Schjerve, Reichstraße 15, Funktionärenkonferenz. Morgen, Donnerstag, sind in allen Bezirken Bezirksversammlungen abgehalten zwecks Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen. Freitag, den 22. Juni, legt im Dresdener Hof, Dresden, Str. 46, die Jahreshilfsversammlung, der Vorstand.

Sonntag, Morgen, Donnerstag, 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelplatz 25, Helfersversammlung. Wichtige Ereignisse aller Bezüge und Kolleginnen wird erörtert. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Sekretariatsleitung.

Sattler, Kopiererei und Buchbinderei, Donnerstag 7 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Becker, Scherstr. 17. Bericht vom Verbands-

Verantwortlich für Inhalt und Druck: Walter Schiff, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: J. Stelzer, Berlin; Funktionäre: G. B. 23/der, Berlin-Köpenicker; Postfach und Sonstiges: Fritz Karst, Berlin-Köpenicker; Angelegen: 23. März, Berlin.

Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Distanz 1. Auflage.

**ISOLA STAHLGLAS**  
D. R. P.  
hält 24 Stunden heiß - 3 Tage kalt



Springt nicht  
Bricht nicht.

Man hat jahrelang Freude daran!

ISOLA 625 - FOR WÄRME- U- KÄLTEISOLIERUNG RUDOLSTADT/H.

Außerdem wie bisher in altbekannter Güte ISOLA-Leichtglasflaschen-Speisenträger Kannen u. s. w.

**Der 12% ige Pfandbrief**  
unkündbar und unverlosbar bis 1929

der zur **Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen** verbundenen Deutschen Hypothekendarlehen, Frankfurter Pfandbrief-Bank (früher Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein), Leipziger Hypothekendarlehen, Norddeutsche Grund-Credit-Bank, Preussische Boden-Credit-Aktion-Bank, Schlesische Boden-Credit-Aktion-Bank, Westdeutsche Boden-Credit-Aktion-Gesamt-Aktienkapital und Reserven ... 1 Milliarde Mark, Gesamt-Darlehen ... 10 Milliarden, Gesamt-Umlauf an Emissionspapieren ... 9,7

**Beste und sicherste Geldanlage**

denn der Pfandbrief ist:

- Gesichert** durch das gesamte Vermögen der sieben vereinigten Hypothekendarlehen
- Gedeckt** nach den gesetzlichen Vorschriften durch erstatellte Hypotheken auf inländischen Grundstücken
- Verzinslich** zu 12% = Gleichwertige Hypothekendarlehen - Pfandbriefe sind höher nur mit 3-6% verzinslich

Zeichnungen werden bei Banken, Bankiers, Vorschußvereinen, Genossenschaften und Sparkassen zum Vorzugs-kurs von 115% bis Montag, den 16. Juli entzogen. Genommen. Stücke zu 50 000, 100 000, 5 000 000 Mark

**Wir kaufen Frauenhaare einwandfreie Ware M. 50 000 für das kg**

Haarverwertung A.-G., Belle-Alliance-Pl. 12 I

Die auf 400% festgesetzte Dividende gelangt mit M. 4000.- pro Dividenden-schein 1922 bei der Darmstädter und Nationalbank Komm.-Ges. a. A., bei der Deutschen Bank, bei der Dresdener Bank, bei der Internationalen Handelsbank Komm.-Ges. a. A. und bei dem Bankhaus Schwarz, Goldschmidt & Co., hier, zur Auszahlung. Berlin, den 16. Juni 1923. 1927

**Carl Lindström Aktieloges.**  
Der Vorstand: M. Streus, Thomas, Podansky, Seligsohn.

**Altpapier-Verwertung**  
Kaufe jeden Pfdm Altpapier sowie Füllungen, Bilder, Skulpturen zum Einhängen, Briefen u. Zampfen bei freier Abholung zum höchsten Tageskurs.

**Isendahl.**  
Hilfenstraße 17 ... Ringstraße 79/8

**Wichtig für Sackankäufer!**  
Neue und gebrauchte Säcke, auch Emballage, tauf 1/2 Abgabebest.

**Sackhandlung Metzger**  
Neue Schönehauser Straße 12  
Telephon: Amt Harden Nr. 1081

**Marken-Zigaretten:**  
Garbath, Pol-  
bank, Konstantin  
Kamitz,  
Keramika, Wenzel, Turant, alle ab unter  
Eingabe: Arno Gellner, Großhandl.  
Reichstraße 21, Telephon: Nacht 2114

**Wir zahlen Riesenpreise**

Verkaufen Sie Ihre wertvollen  
nicht an der unrichtigen Stelle, jede zweite  
Tage werden wir bedauernd überbieten.

**Brillanten**

Je nach Größe, Schönheit u. Form bis 10 Mill. RM. u. mehr

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch**

zu höchst an-  
nehmlichen  
Hörkursen

Gute Fassungsgegenstände bewerten wir extra hoch

**Stammund errungen hohe Preise für Zahlungsbills**  
auch einz. Zähne, Kronen, etc.

**Goldene Herrenuhren** bis 3 Mill. Mark  
und mehr

Kommen Sie vertrauensvoll zu uns, der welche Weg  
leicht ist. Ihre unsere Kundenschaft Jahrgelbes

**Edelmetalleinkaufsgesellschaft**

Kübbener Str. 36 Herrmann & Co. Wilhelmstr. 29  
am Potsd. Platz

**Ungeheuer billig!**  
gestiegen i. Preise sind  
alle Lebensmittel und  
Bedarfsartikel. Kleine  
Anzeigen im Vorwärts  
sind aber immer auch

# Vor dem Ehescheidungsrichter.

## Der Wunsch auf Abkürzung der Verfahren.

Müller gegen Müller,  
Schulze gegen Schulze,  
Meier gegen Meier usw.

Wer im Terminverzeichnis auf dem Korridor des Gerichtshauses solche Gegenüberstellung der gleichen Namen erblickt, weiß sofort: da werden die Ehescheidungsprozesse verhandelt. Aber für den weniger kundigen Besucher des Gerichtshauses ist es doch eine Überraschung zu erfahren, daß die Verhandlung öffentlich ist. Er denkt in seiner Unschuld, daß der Ehescheidungsrichter die Parteien vor sich versammelt und nun in breitem mündlichen Verfahren die Gründe der Nichtübereinstimmung der Ehegatten sich entwickeln läßt, um dann das Urteil — auf Grund hoher Menschen- und Weisheitsurteile — zu fällen. Von einem solchen Geschäftsgange könnte man erwarten, daß die Rechtsanwaltschaft gänzlich ausgeschaltet werde, da der Richter aus Mann und Frau alles Bedeutsame herauszuholen imstande ist. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall: die Rechtsanwälte machen ihre Schriftsätze, in denen naturgemäß die eigene Partei als ein Engel, die andere als ein Teufel (oder Teufelin) hingestellt wird. Das Gericht bekommt so eine Sammlung von umfangreichen Schriftstücken und wird nach deren Kenntnis Beweisbefehl ausstellen, d. h. den Parteien aufgeben, für ihre Behauptungen Zeugen zu benennen, die über ganz bestimmte Punkte Aussagen machen können. Auf allgemeines „Gequatsche“ läßt sich das Gericht nicht ein. Außerdem delegiert es wohl einen Einzelrichter, der die Parteien vernimmt, was natürlich ohne Teilnahme des Publikums stattfindet. Nur die Rechtsanwälte sind auch bei diesen Verhören zugelassen.

### Ein typisches Beispiel:

Nehmen wir an, daß eine Frau dem Manne unter offenbar nichtigen Vorwänden fortgelaufen ist. Ehebruch ist ihr nicht nachzuzurechnen, folglich kann von dem Manne nach dem jetzt geltenden Recht nur auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft geklagt werden. Das Gericht setzt einen Termin fest und gerade fünf Minuten vor Verhandlungsbeginn überreicht der Anwalt der Frau dem gegnerischen Anwalt einen langen Schriftsatz, der am selben Tage auch dem Gericht zugegangen ist. Dieser Schriftsatz muß beantwortet werden, meist der Anwalt des Mannes und bittet um einen neuen Termin, der meist auf 4 bis 6 Wochen später angesetzt wird. In diesem Termin wiederholt sich dasselbe Spiel; wieder bringt der Anwalt der Frau einen Schriftsatz mit, der die Entgegnung auf den inzwischen gefertigten Schriftsatz des Anwalts des Mannes darstellt. Und das Spiel könnte sich noch weiter fortsetzen, wenn nicht der Richter nun seinerseits erklärte, daß er zur Beweiserteilung schreibe. Jetzt kommen in einer dritten (oder auch vielleicht vierten usw.) Verhandlung die Zeugen zu Wort und die Sache kommt nun bald zu Ende. Sind keine Zeugen benannt, so erfolgt das Urteil wohl gleich, sonst später. Ein halbes Jahr etwa vergeht mit den „Vorberätungen“, wenn man sich so ausdrücken darf, eine Zeit der Unruhe für die Betroffenen, falls sie nicht gerade eine Ahnung davon haben. Aber die Sache ist auch jetzt noch nicht zu Ende: die Rechtskraft des Urteils beginnt vier Wochen nach der Zustellung des Urteils an den unterlegenen Teil, und da das Gerichtsbüreau auch drei bis vier Wochen gebraucht, um das Urteil auszufertigen und zugustellen, gehen somit nochmals circa zwei Monate drauf. Innerhalb der vier Wochen nach Zustellung des Urteils kann der unterlegene Teil Berufung einlegen, was durch Eingabe an das Gericht geschieht, so daß der andere Teil nicht direkt in Kenntnis gesetzt wird. Es bedarf — will man ganz sicher gehen — erst einer Anfrage an das Gericht, ob Berufung eingelegt ist. Die Antwort ist in einigen Wochen zu erwarten.

Ein ganz einfacher Fall — ohne viel Zeugenauflauf — wie wir ihn geschildert haben —, erfordert nahezu dreiviertel Jahr zur Erledigung. Sind nun aber viele und immer neue Zeugen zu vernehmen, oder ist der Aufenthalt der einen Partei zweifelhaft, so wird noch mehr Zeit vergehen. Nur in bewiesenen oder eingetragenen Ehebruchfällen wird das Tempo ein schnelleres sein.

### Eine Reform der Ehescheidungsgefeßgebung

Ist im Gange; sie ist auch nötig. Zurzeit gibt es eigentlich nur zwei Scheidungsgründe: Ehebruch und böswilliges Verlassen; bei letzterem muß aber erst auf Wiederherstellung der Ehe geklagt werden — ist dies geschehen, so hat der verurteilte Teil ein Jahr (!) Zeit, sich zu bestimmen, ob er die Ehe wieder aufnehmen will, und erst nach Ablauf dieses Jahres kann auf Scheidung geklagt werden. (Dauer der ganzen Prozedur etwa zwei Jahre.) Die durch Beweise oder Eingeständnis dargelegte Zerrüttung einer Ehe oder ebensolches Verhalten des einen Teils sind gewiß auch Scheidungsgründe, aber hier ist natürlich alles in die Hand des Richters gelegt. Wer ein paar mal den Verhandlungen beigewohnt hat, wird den verächtlichen Vorstehenden seine Anerkennung nicht verweigern; sie wollten in voller Bonafide gegen beide Parteien ihres Amtes und sind Menschenkenntner genug, um bald den wahren Sachverhalt zu durchschauen. Mit großem Langmut ertragen sie auch den Uebelstand, daß sie nicht für die einzelnen Parteien besondere Verhandlungsstunden ansehen können, sondern warten müssen, bis die beiden Rechtsanwälte sich einstellen. Es kommt oft genug vor, daß das Gericht müßig dasteht, weil nicht zwei zusammengehörige Anwälte vorhanden sind — ein beschämender Zustand! Wenn man nun auf Grund der Beobachtungen Wünsche äußern darf, so ist es hauptsächlich der, daß auf Abkürzung des Verfahrens hingestrebt werden sollte. Es ließe sich wohl die Anschauungsweise des Rechtsanwaltsstandes beleidigen, wenn man ihm unterstellen wollte, daß die Absicht der Erzielung neuer Termine keine Handlungsweise beeinflusse, und Vorgänge, wie die oben geschilderte Einbringung langer Schriftsätze am Verhandlungstage, mögen vom besten Willen, dem eigenen Klienten zu nützen, diktiert sein — die Tatsache, daß sie zeitverlängernd wirken, bleibt bestehen. Die mehr oder minder lange Dauer des Scheidungsprozesses ist aber auch finanziell für den Mann von Bedeutung, da das Gericht, ohne Prüfung der Gründe des Verlassens — jeder Frau, die sich vom Mann trennt, einen Unterhaltsbeitrag zuspricht, so daß dem Mann, der oft genug Familienvater ist, nicht nur erhöhte Ausgaben für den eigenen Haushalt (durch Annahme geeigneter Personals für die Kinder), sondern auch noch die Hauptkosten für den zweiten Haushalt der fortgelassenen Gattin zur Last fallen. Diese den Damen gegenüber bewiesene Gerechtigkeit des Gerichts dürfte wohl auch revisionsbedürftig sein. Vor allem sollte auf eine von vornherein sich entwickelnde mündliche Verhandlung Gewicht zu legen sein. Daß dabei zu große Intimitäten den Zuhörern geboten werden könnten, ist nicht anzunehmen (wenigstens nicht nötig) — auch bei dem jetzigen Verfahren fehlt es nicht an verlässlichen Fragen aller Art. Und im schlimmsten Falle gibt es ja den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Daß der Ehescheidungsprozeß mehr denn jeder andere, doch meist um materielle Dinge sich handelnde Prozeß die Verdien der Beteiligten martert, sollte dem neuen Gesetzgeber vor allem klargemacht werden: er würde also nur einem Gebote der Klugheit folgen, wenn er allen Scharfsinn darauf verwendete, eine den Interessen beider Parteien Rechnung tragende, aber doch schnelle Verhandlung zu ermöglichen. Daß amtliche und gerichtliche Schreiben — wie z. B. die Ausfertigung und Zustellung des Urteils, sage und schreibe vier Wochen Zeit beanspruchen, ist in unseren Tagen, wo doch sonst kaufmännische Anschauungen die Behörden leiten (siehe die Zinsen bei den verspäteten Steuern), doch nicht zu billigen. Ein schnelleres Verfahren wird die Zahl der Ehescheidungen nicht vermehren, wohl aber geeignet sein, manches Martyrium schneller zu beenden.

**Falschmeldungen über Unruhen in Spandau.** In Berlin kursierte gestern das Gerücht, in Spandau seien Unruhen ausgebrochen, die Schupo habe bereits Maschinengewehre aufgeschossen. Wie wir feststellen konnten, handelt es sich um eine leichtfertig vorbereitete Falschmeldung, der im besten Falle eine Prozessualisierung der Schupozeit zugrunde liegt, die aber den Raum vor der Kaserne nicht verlassen hat und in keinerlei Verbindung mit der Einwohnerschaft gekommen ist.

### Warum es so viel regnet!

Die Welt zerbricht sich den Kopf darüber, wie es denn eigentlich zugeht, daß wir seit dem ersten Osterfesttag im Grunde genommen fast ohne Unterbrechung Regenwetter gehabt haben. Die Meteorologen strengen ihre zu diesem Zweck wissenschaftlich gedrückten Köpfe an, um eine einigermaßen plausible Erklärung zu geben. Sie können sich aber samt ihrer wissenschaftlichen Bildung wackeln lassen, denn nicht die Wissenschaft sondern die Frömmigkeit weicht den wahren Grund. Das war also in den letzten Tagen. Da saßen in einem Abteil der Wanneseebahn zwei ältere Damen, die in kurzer Zeit auf das Wetter zu sprechen kamen. Da leuchtete die eine tief aus ihren Eingeweiden empor, drehte den Apfel ihres Auges auf zum Licht und sagte mit einer Stimme dunkel getönt wie die Dedel einer Bibel: „Wir Deutsche, unser deutsches Volk hat ja auch kein anderes Wetter verdient.“ Versteht ihr nun, Meteorologen, warum ich euch riet, in Botte zu vertrieben. Es ist einer da, der das Wetter macht. Mit dem hat es das deutsche Volk verschüttet und nun überschüttet er es zur Strafe mit Regen, läßt es wohl gar in einer neuen Sintflut erkaufen, aus der einzig und allein der fromme Raurenbrecher gerettet wird. Es ist nur ein wahres Wunder, daß die alte Wadon, in an einen Wettermacher glaubt, sich überhaupt der Eisenbahn anvertraut und nicht wie der jugendliche Peter Kosegger meint, daß sei Satanswerk, mit dem sie der Teufel direkt in die Hölle fahren wolle.

### Sommers Anfang!

Laut Meldung des Nachrichtenamts der Stadt Berlin teilt das Kohlenamt mit: Das auf Grund der Bekannmachung des Kohlenamtes vom 9. Mai d. J. erlassene Verbot des Betriebes von Sammelheizungen wird mit sofortiger Wirkung bis auf Widerruf aufgehoben.

Damit wird der unerquickliche Zustand des Wetters sogar vom Kohlenamt bestätigt. Wir dürfen erlaubtermaßen heizen, d. h. wenn wir Kohlen haben. Wenn das die Eisberge und Sonnenfeste, die bekanntlich an dem schlechten Wetter schuld sein sollen, noch nicht rührt, dann hilft nur noch die Verfügung zur unentgeltlichen Verabreichung eines heißen Brotes an jedermann an der Strakenstraße — auf Kosten der Wettermacher.

### Der magnetische Tannenzweig.

#### Ein neuer Schwindlertrug.

Nach dem Muster der Frau Köber, nur mit einem anderen, ganz neuartigen System betrieb ein Geschwisterpaar, der Kaufmann Richard Paul und seine Schwester Berta das Gewerbe des Warenhausdiebstahls. Ihr Trick bestand darin, daß Fräulein Berta die Waren- und Kaufhäuser der Friedrichstadt und Leipziger Straße in Begleitung ihres Bruders mit einem Tannenzweig unter dem Arm betrat. Wie zufällig legte sie beim Betreten der Waren den Zweig auf die ausgelegten Sachen. Beim Wiederaufnehmen des Zweiges blieb dann immer irgendein Gegenstand, bald eine Kramatte, bald Socken oder ein Jumper oder Trikotsachen, u. a. an den Tannenzweigen hängen. Der Bruder wieder hatte einen Arm in der Binde, wodurch er den Anschein erweckte, als ob er nicht imstande wäre, irgendeine Sache sich unrechtmäßig anzueignen, so daß die Verkäuferin ihn meist unbeachtet ließ. Unter dem anderen Arm trug er eine Altkarte. Durch Anstoßen gab er seiner Schwester das Signal, wenn der geeignete Zeitpunkt zu einem Diebstahl gekommen war. Aus dem Muff von Berta wanderte der gestohlene Gegenstand später in die Tasche Richards. Dieses Geschäft konnten beide eine lange Zeit treiben, bis der Leiter des anlässlich des Köber-Prozesses neuorganisierten Überwachungsdienstes der Spezialgaskräfte einmal von der Straße aus durch das Schaufenster die Manipulationen beobachtete konnte. Während die Schwester, geschickter als Frau Köber, es erreichte, daß gegen sie das Verfahren wegen Gestesfreiheit eingestellt werden mußte, kam der Bruder gestern vor das Schöffengericht Berlin-Mitte zur Aburteilung. Der Anwalt beantragte gegen ihn, der schon zehnmal wegen Diebstahls verurteilt ist, eine Strafe von einem Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung. Rechtsanwalt Dr. Frey wandte sich gegen den hohen Strafbescheid und verwies auf die starke Verleitung des Publikums durch die anreizenden

# Als die Wasser fielen.

von Otto Kung.

Direktor Pauli hatte mit einem Schimmer im Auge zugehört, als drohte er dem Paare mit einem unsichtbaren Zeigefinger. Jetzt streckte er Gude ohne weitere Vorstellung die Hand hin. Seine Miene ließ verstehen, daß eine solche zwischen zwei so bekannten Männern nicht nötig wäre!

Gude bat seine Gäste, es sich an Bord bequem zu machen. Er hatte kürzlich ein Sonnenjagel an der Kelling entlang aufspannen lassen, so daß das Bord ein schühendes Zeitbildete. Hier hatte er Korbstühle und einen Tisch angebracht.

„Sie mußten ja mit einem Trumpf genommen werden!“ erklärte Pauli. Er hätte, sagte er, lange Herrn Gude als verdächtig gesucht! Er hätte dem Hotelportier ohne Erfolg Daumenschrauben angelegt, aber glücklicherweise hätte der kleine Biffoso, der Gude die Post an Bord brachte, aus der Schule geschwätzt! Und so, lachte Pauli, könnte er nun die Ehre haben, die Schwester mit dem lange vermählten Bruder zu vereinen! Er lächelte mit einer ehrerbietigen Verbeugung Ediths behandschulte Hand und reichte sie Gude.

„Guten Tag, Hoiger,“ sagte Edith ruhig und nahm auf einem der niedrigen Deckstühle Platz. Gude war ihrem Blick eine Sekunde lang begeben: diesem kleinen Schimmer von Traurigkeit, gepaart mit Laune, wie in jener Zeit, da sie als Kinder einen Blick von Verständnis, Zusammenhalt und Kritik hinter dem Rücken des Hausstranzen wechselten. Darauf sah sie sich verstoßen an Deck um, augenscheinlich von der Umgebung abgestoßen, aber zu taktvoll, um zu sagen, was sie dachte.

Kapitän Stark hatte sich einige Schritte von der Gruppe entfernt und stand, dem freien Hafen zugekehrt, mit vollkommener abwesendem Blick da, jeder Zug seines Antlitzes war verstimmt, es war fast leblos wie im Trance. Die Sonne beleuchtete sein feines, festes Profil, sein dunkler Leint erschien golden gegen das seidenweiche schwarze Haar. Unbeweglich stand er da, abseits, aufrecht, erstarrt wie eine Bronzestatue. Edith suchte ihn mit einem Blick, ein nervöser Zug erschien um ihren Mund. Plötzlich rührte Kapitän Stark sich mit einem Ruck, langsam drehte er sich um und ließ seinen Blick suchend über alle Gesichter gleiten. Schließlich ruhte sein Blick auf dem Schwager, er näherte sich nicht, beugte aber das Haupt leicht zum Gruß.

Pauli sah sich nach seinem Jungen um. Der war ver-

schwunden. Der Vater rief: Helmuth! Helmuth!, aber der Knabe ließ sich nicht sehen. Gude trat, leicht gereizt, an die Kelling und guckte nonchalant in den Kanal hinunter, schüttelte aber den Kopf. Andreas Pauli lachte schallend: Nein, der Junge war eine richtige Seeratte, dem passierte so leicht nichts!

Er erklärte, daß er mit seinem Wagen hereingekommen wäre, um seinen Sohn, der bei der Mutter wohnte, abzuholen. Herr Gude wüßte wohl, sagte er betrübt, daß er nicht mit seiner Frau zusammenlebte. Es wäre hart für ihn, den Jungen mit Ausnahme dieses einen Wochentages entbehren zu müssen. Aber er trüge allein die Schuld, das wüßte er wohl! — Er schwieg und blies mit düsterer Miene den Rauch von sich. Seine Augen waren von kreisrunden Glaslinsen bedeckt, aber wenn man durch die hindurch sah, erschien die Pupille doppelt so groß mit einer eigenartigen weit offenen Unschuld.

Maud Martens, die von Pauli Bily genannt wurde, betrachtete zögernd und kundig bald Gude, bald Pauli, offenbar verglich sie die beiden Männer. Ihre Repliken waren rasch, ganz ohne den zurzeit üblichen Jargon, aber unbedingt frivol. Andreas Pauli lachte dankbar über ihren Witz, ein rollendes und herzegewinnendes Lachen; er zeigte eine ungeheure Reife emallemweiser Zähne, um deren Wurzel, wo sie festgestiftet waren, jedoch das Gold blinkte. Gude betrautete ihn tief interessiert. Vor einigen Jahrzehnten hätte er sich wohl eine Locke in die Stirn gefächelt, um Napoleon zu gleichen. Jetzt war dieser Typ nicht mehr üblich. Sein einziger Anachronismus war, daß sein Junge den Namen Helmuth trug. Er hatte ihm den Namen wohl in der Zeit gegeben, als Deutschlands Größe noch hoch im Kurse standen. Jetzt nach dem Kriege und dem Fall des Kaiserthums hätte der Vater sicher gern den Namen seines Sohnes verändert, wie er denn auch eine zeitentsprechende Form für sich selbst gefunden hätte. Wäre der Krieg anders ausgefallen, so hätte er sich sicher seinen Bart stehen lassen, der latent hinter dem gutraffierten Kinn lauerte. Er hätte sich mit Erfolg als Oberlehrer von germanisch-patriotischem Typ maskieren können.

Als Lehrer hatte er übrigens angefangen, auf einem Katheder, von dem er, hoch über einem Haufen Gemeindeschüler, mit dem Lineal auf die gewaltigen Linien der Weltkarte zeigte. Er war noch stolz auf jene Zeit und sprach oft von ihr. Während seiner ganzen Direktionszeit, erzählte er gerade jetzt, und bis zum heutigen Tage hätte er pünktlich die Stunde gegeben, die er wöchentlich in der Navigationschule erteilte, wo er tüchtige Seeleute durch Vorträge über die Defonomie unserer Zeit zur Tatkraft erzog.

„Ich kann die Jugend nicht entbehren,“ sagte er. „Sie

hält mich jung!“ Er streckte seine Herkulesarme aus und nickte Bily zu. Doch sie sah schweigend, zurückgelehnt auf ihrem Stuhl und sandte Gude einen Blick, der Pauli, wenn Gude nur anzufangen wünschte, gern gemeinsamer Ironie geopfert hätte!

Pauli erzählte weiter, daß er von seinem Landsitz in Bedford mit dem Wagen hereingekommen wäre, teils um den Bengel zu holen, teils um Kapitän Stark und dessen Frau auf einem Ausfluge mitzunehmen; aber zweimal wäre er unterwegs von der Polizei angehalten worden, die seine Schnelligkeit notierte. Ohne sein Lächeln zu verändern, begann er gegen die Bestimmungen über das Autofahren zu rufen.

Kapitän Stark sah abgewandt von Gude, doch dieser folgte besorgt den Augen der Schwester, die wie in beständiger Unruhe in den Zügen ihres Mannes zu lesen suchte. Die Angst in ihrem Blick war wie ein Spiegel dessen, was sie wohl sehen mochte. — Gude fand den Schwager sehr verändert seit den Jahren, als er auf der Kadettenschule der Führer und stolze Klassenälteste war, der, übermütig und eigenmächtig, überall gefeiert wurde. Der Fall der Dänischen Werft allein konnte ihn kaum so entscheidend tief gebrochen haben. Sein Platz in der Marine stand ihm offen. Aufgaben für sein technisches Können warteten seiner auch dort. Trotzdem war er gezeichnet, seitdem verstimmt, die Augen hatten keinen Blick, stammten nur wie in tiefem inneren Verbrennen.

Keiner von Gudes Gästen machte eine Andeutung darüber, wie merkwürdig es war, daß er hier an Bord wohnte. Inbesseren beobachtete Maud Martens nicht ohne Interesse diese besondere Form der Isolation, die er sich erwählt hatte. Mit ein paar hastigen Blicken hatte sie alles überschaut, war ein wenig unschlüssig an der Scheidewand mittschiffs halten geblieben, stellte aber keine Frage. Ihre Miene zeigte, daß sie das Schiff nach dem Waghabe einer Luftschiff beurteilte und Gudes Einfall ein bißchen burlesk, im übrigen aber recht romantisch fand.

„Sie müssen mir erlauben, Herr Gude,“ sagte sie jetzt, „daß ich eines Tages mit meinen Freundinnen an Bord komme und Sie überrasche. Wir werden Sie fotografieren, und Vera Borg, die, wie Sie wissen, für ein Blatt Plaudereien aus der Gesellschaft schreibt, muß Sie interviewen. Sie lassen Ihren Matrosen Tee machen, und wir können uns einbilden, daß wir uns mit dem Südflecker „Der Hai“ auf einem Dacklingtrip befinden. Wenn Sie wollen, erscheinen wir mit Muscheln und Hibistursblüten im Haar und, soweit die Temperatur und die Rätter es zulassen, wie Samoanerinnen gekleidet!“

(Fortsetzung folgt.)

Freien Auslagen in den Warenhäusern. Die hohe Strafe steht auch im Verhältnis dazu, daß die Hauptlägerin strafrei ausgehen müsse. Das Gericht erkannte auf nur drei Monate Gefängnis.

### Das Haus Rathenau.

#### Vom Reich als Stiftung übernommen.

Die Mutter des ermordeten Reichsaussenministers Dr. Rathenau hat befanntlich das von ihrem Sohn bis zu seiner Ermordung bewohnte Villengrundstück im Grunewald dem Reich geschenkt. Ueber die Bestimmung dieses Hauses entnehmen wir folgende Einzelheiten. Das Reich übernimmt das Grundstück mit den darin befindlichen Gegenständen, Möbeln, Teppichen, Vorhängen, Bücher- und Kunstgegenständen, Gemälden unter dem Namen: "Walter Rathenau-Stiftung" als reicherseigenen Besitz. Die Stiftung soll der Öffentlichkeit zugänglich sein. Der ehrenamtliche Vorstand der Stiftung besteht aus 8 vom Reichspräsidenten zu ernennenden Mitgliedern, von denen eins der Reichskunstwart sein muß. Dem Vorstande steht ein Kuratorium zur Seite, welches gleichfalls seine Tätigkeit unentgeltlich ausüben soll. Ehrenvorsitzender des Kuratoriums ist der Reichspräsident. Die Mitglieder werden demnächst vom Reichspräsidenten nach dem Vorschlage der Frau Rathenau ernannt. Das Grundstück und der erste Stock des Hauses mit allen darin befindlichen Einrichtungen sind in dem Zustande, in dem Dr. Rathenau sie benutzt hat, unverändert zu erhalten, um in dieser Gestalt ein bleibendes Andenken an den Verstorbenen darzustellen. Geeignete Räume des Hauses sollen Vereinigungen, die im Geiste Rathenaus für geistige und kulturelle Zwecke tätig sind, zu Zusammenkünften und Sitzungen zugänglich sein. Reichsminister Doser hat im Namen der Reichsregierung Frau Geheimrat Rathenau mitgeteilt, daß das Reich die Stiftung annimmt, und daß das Reich es für eine Ehrenpflicht anseht, das Haus Rathenau zu pflegen und zu erhalten. Die erforderlichen Mittel für die Unterhaltung der Stiftung sollen im nächsten Nachtragsetat angefordert werden.

Die Rathenau-Gedenkfeier im Reichstag. Für die am kommenden Sonntag, den 24. Juni, mittags 12 Uhr, im Plenarsitzungsraum des Reichstages stattfindende Gedenkfeier für Walter Rathenau liegen nur noch wenige Karten für den öffentlichen Verkauf zur Verfügung. Diese sind telephonisch beim Bureau des Deutschen Republikanischen Reichsbundes, Bendersirasse 12, bestellbar. Karten sind persönlich abzugeben. Verkaufsfrist: Donnerstag, den 21. Juni, nachmittags 6 Uhr. Das Programm der Feier wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

### Verführt, entehrt, verstoßen!

#### Der Leidensweg einer unehelichen Mutter.

Unter der Anklage des versuchten Mordes hatte sich die Garderobiere Gertrud Wische vor den Geschworenen des Landgerichts III zu verantworten. Wie erinnert, wurde am 5. März dieses Jahres gegen den Inhaber eines gewissen Casinos am Kurfürstendamm, Huber Franz, ein Revolverattentat verübt, bei dem dieser durch fünf Schüsse in Brust und Schulter getroffen wurde. Die Tat stellte sich als der Vergewissungssatz einer Verführten dar. Die Verhandlung ergab eigenartige Seitenbilder gewisser Gaststätten im Berliner Westen, die im Grunde nichts weiter sind als Stätten der Verkommenheit und der Verderbnis, an deren Schließung ununterbrochen gearbeitet werden sollte.

Die Angeklagte war im Jahre 1919 als 19jährige junges Mädchen in dem Casino am Kurfürstendamm in Stellung getreten und der Geschäftsinhaber hatte es bald verstanden, das hübsche junge Mädchen zu verführen. Als sich die Folgen des Liebesverhältnisses einstellten, mußte sie diese auf Beirathen von Franz durch einen künstlichen Eingriff beseitigen lassen. Ihre Hoffnung, daß Franz sie heiraten würde, zerfiel in Luft. Nach erfolgter Abtreibung hatte ihr Liebhaber sie zur Erholung nach Stummhubel geschickt — allerdings mußte sie die Kosten dieser Erholungsreise selbst bestreiten. Inzwischen hatte sich die Liebe in Haß umgewandelt. Als sie wieder in ihre Stellung zurückkehrte, kam es zu häufigen heftigen Szenen zwischen dem Paar, in deren Verlauf die Angeklagte ihren Chef mehrfach mit dem Revolver bedroht hat. Franz nahm ihr den Revolver weg, worauf sie sich sofort einen neuen kaufte. Dieses Spiel wiederholte sich noch mehrmals. Schließlich kam die Sache aber doch zu einer Explosion und zwar dadurch, daß die Angeklagte sich entschieden weigerte, die Folgen eines neuen Verlebens mit ihrem Chef aus der Welt schaffen zu lassen. Franz drohte ihr, die er noch zur Mutter gemacht hätte, mit dem Hinawurf. Als sie sich nicht abkühlen lassen wollte, zeigte er sie wegen Hausfriedensbruchs und Bedrohung bei der Polizei an. Am Vormittag war die Angeklagte auf der Polizei vernommen worden und als sie nachmittags am dem verhängnisvollen 5. März wieder ins Geschäft zurückkehrte, wurde ihr durch dem Geschäftsführer bedeutet, daß sie hier nichts mehr zu suchen habe. Sie ließ sich aber nicht abweisen, sondern drang in das Schlafzimmer des Franz ein und feuerte auf diesen die fünf Schüsse ab. Nun hatte sie sich vor den Geschworenen zu verantworten. R.-M. Dr. Themat hielt dem Geschworenen vor, daß die Angeklagte in der schamhaftesten Weise genachhört und hintergangen worden sei. Durch eine Reihe von Erniedrigungen sei sie in einen Seelenzustand versetzt worden, der ihr jede Ueberlegung raubte. Der Verteidiger hat die Geschworenen, höchstens die Frage nach Körperverletzung zu bejahen und der Angeklagten ganz besondere Milde zuteil werden zu lassen. Die Geschworenen schlossen sich dieser Auffassung an und der Obmann hat im Namen der Geschworenen das Gericht, auf eine ganz milde Strafe zu erkennen und der Angeklagten den Gnadenbeweis zuteil werden zu lassen. Das Gericht erkannte demgemäß nur auf sechs Monate Gefängnis, von denen drei Monate auf die Untersuchungshaft in Anrechnung kamen. Für den Rest der Strafe erhielt die Angeklagte ohne jede Buße eine dreijährige Bewährungsfrist. Sie wurde auch sofort aus der Haft entlassen. Der moralisch Gerichtete ist der Verführer.

### Vom „Zweck der Strafe“.

Einem zu Gefängnis verurteilten Familienvater aus Kaulsdorf, der Strafausschub erhalten hatte und um nochmaligen Ausschub bat, wurde vom Amtsgericht Lichtenberg der Befehl erteilt, daß ein erneuter Strafausschub nicht gewährt werden kann, da der Zweck der Strafe durch die weitere Hinusschiebung vereitelt wird. Zur Begründung wurde hinzugefügt: Eine solche Strafausschub hat Nachteile für den Beteiligten zur Folge, die sich als unvermeidlich stets zeigen werden. Der Verurteilte hatte auch ausreichend Zeit seit der unterm 10. April d. J. beschleunigten Erkrankung seiner Ehefrau, in geeigneter Weise Maßnahmen für deren Pflege für die Zeit seiner Abwesenheit zu treffen.

Wie leicht sich so etwas hindreibt! Gewiß, das stimmt, daß der Verurteilte „ausreichend Zeit hatte“, für die Pflege seiner Ehefrau zu sorgen. Doch aber Pflege auch Geld kostet und das gerade ein im Gefängnis sitzender Mann nichts für den Unterhalt seiner Familie tun kann, scheint dem Gericht entgegen zu sein. Der Verurteilte hat nicht nur eine Ehefrau, die krank ist und überdies ihrer Niedertunft entgegensteht, sondern auch kleine Kinder, die gleichfalls der Pflege bedürftig sind. Das Gericht hat sich auch keine Bedenken darüber gemacht, daß der Mann ein Obst- und Gemüsegartenbesitzer ist, dessen Bewirtschaftung die Arbeit der Frau und der Kinder nicht ausreicht. Es ist doch nicht Zweck der Strafe, den Verurteilten auch noch dadurch zu schädigen, daß der Ertrag dieses Grundstücks infolge mangelhafter Bewirtschaftung verringert wird. Der Mann hat in einer Eingabe an das Landgericht auf diese Dinge hingewiesen. Inzwischen hat man ihn kurzerhand dem Gefängnis zugeführt.

Ein Sechzigjähriger, Robert Fendel, einer der ältesten und bewährtesten Parteigenossen im 8. Berliner Verwaltungsbezirk (Wedding) wird heute 60 Jahre alt. Von Beruf Tischler, hat er seit früher Jugend in vorderer Reihe für seine Gewerkschaft gewirkt. Von 1908 bis 1918 war Fendel im Deutschen Holzarbeiterverband tätig. Heute ist er Angestellter der Dreikantenteile Weisensee, deren Vorsitzender er früher war. Fendel ist seit mehreren Jahren Mitglied des engeren Kreisvorstandes im Bezirk Wedding und Bezirksverordneter. Sein Hauptarbeitsgebiet ist aber heute noch die Landagitation, und es gibt wohl keinen größeren Ort in der Provinz, in dem Fendel nicht für die Partei als Redner aufgetreten wäre. Leider hat unser Freund in diesem Jahre seine langjährige, treue Lebensgefährtin durch den Tod verloren. Wir wünschen ihm, daß er diesen schweren Verlust recht bald überwinden und in besannener Mäßigkeit und Frische viele Jahre für die Partei weiter wirken möge.

### An unsere Leser und Freunde!

Dec von uns im Monat Mai festgesetzte Juniabzugspreis für den „Vorwärts“ reicht bei dem unaufhaltbaren Niedergang der Markt bei weitem nicht aus, um die Kosten zu decken. Der Papierpreis ist am 1. Juni d. J. um 1000 M. pro Kilogramm gestiegen. Die notwendige Erhöhung der Löhne und Gehälter ist noch größer. Alle übrigen Materialausgaben nehmen eine schwindende Höhe an. Wir sind deshalb zu unserem Bedauern gezwungen, im Interesse der Erhaltung unserer Zeitung nach

#### 1500 Mark nachzuheben.

Dieser Betrag ist angesichts der enormen Steigerung aller Ausgaben sehr gering, da wir bisher stets den Bezugspreis bis an die Grenze des Möglichen niedrig gehalten haben. Unsere Freunde und Genossen werden bei der auch sie selbst treffenden katastrophalen Geldentwertung unsere Lage verstehen, die uns zu der Nacherhebung gezwungen hat.

Die Wiener Arbeiterschaft, die ein Jahr vor uns die Leiden der rasenden Geldentwertung durchmachen mußte, hat sich nie der Notwendigkeit verweigert, ihre Blatt stark und leistungsfähig zu erhalten; sie hat nicht nur alle Erhöhungen und Nachzahlungen willig getragen, sondern auch die Abkürzung der „Arbeiter-Zeitung“ so erhöht, daß die „Arbeiter-Zeitung“ heute von allen politischen Zeitungen Wiens die höchste Auflage hat. Die Berliner Arbeiterschaft darf hinter ihren österreichischen Genossen nicht zurückbleiben.

#### Vorwärts-Verlag und Redaktion.

Kartoffelkontrolle. Aus Anlaß der plötzlich aufgetretenen Knappheit von Beständen an allen Kartoffeln, die zur Erzeugung in weiten Kreisen der Bevölkerung geführt hat, hat der Polizeipräsident gestern morgen alle Polizeireviere telegraphisch angewiesen lassen, alle erreichbaren Kartoffel-Großhandlungen, bei denen alle Bestände vermutet werden, daraufhin einer polizeilichen Kontrolle zu unterziehen, ob etwaige Zurückhaltungen vorliegen. Augenblicklich liegt noch kein Ergebnis über den Erfolg dieser Polizeikontrolle vor.

Jubiläum. Der Schriftleiter Genosse Edmund Schramme, 41. Jhr., feiert am 21. Juni sein 27. jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma G. Gorch, Uteisenaustr. 17. Genosse Schramme gehört seit 1891 der Partei an und ist seit 1898 „Vorwärts“-ler.

Studentenschaft und studentische Selbstverwaltung. Mittwoch, den 20. Juni, findet in der Mensa academica, Friedrichstraße 107, der zweite Diskussionsabend der Berliner Studentenschaft über „Studentenschaft und studentische Selbstverwaltung“ statt. Der Redner wird einen einleitenden Vortrag „Von der freien Studentenschaft zum Allgemeinen Studentenausschuss“ halten. Gäste willkommen.

### Unter der Lava des Aetna.

Weitere Ortschaften bedroht. — Der Zug der Flüchtlinge. — Auch der Vesuv rührt sich.

Der neue Ausbruch des Aetna stellt sich als einer der schwersten Katastrophen heraus, die die Insel Sizilien betroffen hat. Die bedrohlichen Meldungen häufen sich; der Lavaström schreitet unaufhaltsam fort.

Nach den letzten Meldungen aus Rom hat sich der Lavaström des Aetna vor dem bedrohten Städtchen Linguaglossa in mehrere Ströme verteilt, so daß man hofft, die Lava werde an den Abhängen herunterfließen können, ohne die Wohnstätten zu erreichen. Indessen ist der Strom nur noch 40 Meter vom Städtchen entfernt. Seine Geschwindigkeit hat abgenommen und der Ausbruch ist nicht mehr so heftig. Indessen sind schon blühende Gegenden verheert. Der Bahnhof von Castiglione und mehrere Bauerngehöfte am Abhange des Aetna sind zerstört worden. Gebirgsartilleristen und Planierer werfen einen Dampf auf, um die Lava abzuleiten. Neben den Zivil- und Militärbehörden hat sich der Erzbischof als Leiter im Auftrag des Papstes an die Anführer der Flucht. Bei der Räumung des Dorfes durch die 15 000 Einwohner spielten sich schmerzhafte Szenen ab. Das Städtchen ist inmitten einer fruchtbaren Gegend am nördlichen Abhange des Aetna gelegen. Seine bereits zerstörten Gemeindegüter gehörten zu den schönsten Kiefernwäldern Italiens. Der die Stadt bedrohende Lavaström stammt von einem neuen Krater, der sich erst gestern geöffnet hat. Es sind nur noch Polizeiwachen zurückgelassen. Ein Teil des Staubregens reicht fast bis Taormina und verhindert die Flucht. Zugleich erschwert er das Fortkommen der Flüchtlinge. Der von den brennenden Feldern und Wäldern herrührende Aschenregen dauert fort. In der vorigen Nacht schien der ganze Aetna zu brennen, so viele Feuerherde entstanden am bedrohten Abhang. Die Lava hat bereits viele hektare schöner Weinberge zerstört. Die Befehle wohnen dem Schauspiel hilflos bei. Die Eisenbahnlinie ist auf weite Strecken von der Lavamasse verschüttet. Der Ausbruch wird von Wäldern als gefährlicher bezeichnet als der vom Jahre 1911. In Catania treffen fortwährend Flüchtlinge ein; ihre Zahl wird auf Hunderttausende geschätzt.

Die Ausbruchstätigkeit des Vesuv hat in den letzten 24 Stunden ebenfalls zugenommen. Reichliche Lava fließt aus dem großen Krater, dem auch starke Dämpfe entströmen.

Bergwerkungsfall im Mansfelder Revier. Im Rührig-Schacht der Mansfelder-B. in Wettrode erfolgte ein Dammbruch. Ein Aufseher und zwei Heuer sind erstickt. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

### Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft lau. Fische ziemlich ansehend, Geschäft roge. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft mäßig.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandlpreise:

Rindfleisch	12 000—14 000 M.	ohne Knochen	18 500—14 800 M.
Schweinefleisch	13 500—16 000 M.	Kalb- und Lammfleisch	9 000—12 000 M.
Hammfleisch	13 000—15 400 M.	Rindertalg	20 000 M.
Schellfisch	3 400 bis 4 000 M.	Kahllau	3 700—5 000 M.
Darrah	3 000—3 800 M.	In Eis:	
Schlei	7 500—12 000 M.	Hechte	10 000—11 800 M.
Äale	15 000 bis 18 000 M.	Lebende Schlei	15 000—18 000 M.
Hechte	15 000—16 000 M.	Äale	20 000 M.
Karpfen	12 000—15 000 M.	Schweinschmalz	23 000 bis 24 000 M.
Margarin	14 000—19 800 M.	Eier	1 020 M.
das Stck.		Neue Kartoffeln	2 500—2 700 M.
das Pfund.		Grüne Gurken	6 800—8 000 M.
das Stck.		Grüne Bohnen	7 000—7 800 M.
Blumenkohle	7 500—9 500 M.	das Stck.	
Rhabarber	1 000 M.	Zwiebeln	4 000 M.
Kirschen	4 000 bis 5 500 M.	Erbsen	12 000—20 000 M.

Das größte Unterseeboot der Welt, das 3600 Tonnen mißt, ist in Chatham (England) vom Stapel gelassen. Der Stapellauf fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Besatzung bewachte die Werft auf das genaueste und ließ nicht einmal Militärpersonen passieren.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

#### Für den Kampfbund der BSPD.

wurden von der 26. Abteilung Berlin 101 300 M. gesammelt und durch den Genossen Schimmelmann an die Bezirkskasse abgeliefert, worüber hiermit öffentlich mit bestem Dank quittiert wird.

H. V. Weg Bagels.

11. Wd. Charlottenburg. Mittwoch, den 20. Juni, 7 Uhr, öffentliche Werbeversammlung Spandauer Bod. links, bei H. A. Thoma: „Die wirtschaftliche Lage“. Ref. Gen. Redakteur Sternau.

14. Kreis. Reichsbanner. Mittwoch, den 20. Juni, Restaurant Kavalieren, 7 1/2 Uhr, Arbeiterausbildung. Wichtige Tagesordnung. — Donnerstag, den 21. Juni, 1/2 Uhr, in der Expedition Rednitz, 3 Konferenz der Funktionäre.
15. Kreis. Charlottenburg. Donnerstag, den 21. Juni, 7 1/2 Uhr, bei Reichshaus, 2. Sitzung der Deputation und aller Funktionäre der Arbeitervereinsausbildung der Provinz. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.
16. Kreis. Wilmersdorf. Donnerstag, den 21. Juni, im Jagdheim Silberbergstraße 4, 7 1/2 Uhr, Kundenschaft der Sonderunterstützung. 8 1/2 Uhr Sitzung des Hilfskomitees. Die Helfer zum Sommerfest sind eingeladen.
17. Kreis. Reinickendorf. Donnerstag, den 21. Juni, 7 Uhr, im Vorkoloss, Reinickendorf, Spandauer Bod. links, Sitzung aller Parteimitglieder der Kampfbund des Genossen Rudolf Hermann über: „Die Aufgaben der Kampfbundvereinsausbildung und die Stellung der Provinz in der Partei“. Jede Abteilung muß vertreten sein. Interessierte BSPD-Mitglieder sind ebenfalls eingeladen.

#### Heute, Mittwoch, den 20. Juni:

1. Wd. Die für heute abend anberaumte Funktionärenkonferenz (Ref. Genosse Dr. Schilling) fällt unannehmlicher aus.
2. Wd. Tempelhof. 8 Uhr Gemeindeklub Werbeversammlung für die Teilnahme an der Beschäftigung der Großhandlungen neuen Filmvortrags über: „Wirtschaftliche Lage“.
3. Wd. Reichsbanner. 7 1/2 Uhr beim Gen. Röhmer, Wilmersdorf, 14, 1/2 Uhr Werbeversammlung.
4. Wd. 8 1/2 Uhr in der Schule Wilmersdorf, Werbeversammlung, Ref. Genosse Dr. Schilling.
5. Wd. Reinickendorf. 7 1/2 Uhr Werbeversammlung im Vorkoloss, Spandauer Bod. links, Thema: „Der Sozialismus in Bayern“.
6. Wd. Parteiführer haben hierzu ein.
7. Wd. 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im Gymn. Thoma, Steigende Rot, über: „Kampf der Arbeiter“ Ref. Genosse Dr. Schilling, Gen. Redakteur Sternau, Gruppe West. 7 1/2 Uhr Jugendheim Charlottenburg, 43, Antiquarierabend. Gäste willkommen. Eintritt frei. — Gruppe Friedenau, Jugendheim Offenbacher Str. 56, 7 1/2 Uhr Arbeitergesellschaft des Gen. Röhmer.

#### Moorgen, Donnerstag, den 21. Juni:

18. Wd. 7 Uhr Kommunistische Kommission. Sitzung bei Müller, Westf., 14, Parteioffiziersstraße. Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich.
19. Wd. 7 Uhr Parteiverordnetenversammlung bei Schoppel, Gehlenstraße, 10, Wilmersdorf.
20. Wd. Kommunistische Kommission. 7 1/2 Uhr bei Hühler, Müller, 14, Offenbacher Straße. Sämtliche ehrenamtliche Funktionen ausübende Genossen und Genossinnen haben zu erscheinen, ebenfalls auch Mitglieder, die sich dazu bereit erklären. Vortrag des Genossen Hühler.
21. Wd. Charlottenburg. Die Eltern, deren Kinder in die 3. Gemeinde schule einzuschieben werden, werden auf die am Donnerstag, 7 Uhr, stattfindende Versammlung im Schulhof aufmerksam gemacht. Tagesordnung: „Vorschlag gegen die Auflösung der 3. Gemeindegemeinde“. Abtreten nach Schluß der öffentlichen Versammlung auf dem Spandauer Bod. links bei H. A. Thoma bei den Genossen des 7. Kreises werden aufmerksam gemacht.
22. Wd. Reinickendorf. 8 1/2 Uhr Zusammenkunft aller sozialistischen Mietervereine bei Röhmer, Chaussee, 14, Offenbacher Straße. — Donnerstag, den 21. Juni, 8 1/2 Uhr, Funktionäre der Kampfbund. — Donnerstag, den 21. Juni, 8 1/2 Uhr, Funktionäre der Kampfbund. — Donnerstag, den 21. Juni, 8 1/2 Uhr, Funktionäre der Kampfbund. — Donnerstag, den 21. Juni, 8 1/2 Uhr, Funktionäre der Kampfbund.

#### Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 21. Juni:

17. Kreis. Reinickendorf. 7 1/2 Uhr Schule Wilmersdorf, Vortrag der Genossin Maria Koenig: „Die internationale Frauenbewegung in Deutschland“.

18. Wd. Tempelhof. In der Werbeversammlung am 18. d. M. ist angekündigt, dass der Referent verwechselt worden. Redungen erboten an Buch. Pfeffer Str. 11, 3 Tr.

#### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

17. Wd. Reichsbanner. 106. Bezirk. Am Freitag, den 19. Juni, verstarb unsere Genossin Frau. Die Einsegnung findet Donnerstag, den 21. Juni, 12 Uhr, im Krematorium Dammgrabenweg statt.

### Jugendveranstaltungen.

#### Heute, Mittwoch, den 20. Juni:

Kauffenberg bei Oranienburg. Jugendheim Schule Wilmersdorf, Disziplinabend. — Freizeitspielabend. Jugendheim Reinickendorf. 44, Vortrag: „Deutsche Geschichte des Mittelalters“. — Freizeitspielabend. Jugendheim Spandauer Bod. links, 106. Disziplinabend. — Antiquarierabend. Jugendheim Schule Wilmersdorf, 44, Vortrag: „Die Hilfe bei Unglücksfällen“. — Freizeitspielabend. Jugendheim Schule Wilmersdorf, 12, Vortrag: „Sonnenabend“. — Freizeitspielabend. Jugendheim Wilmersdorf, 12, Disziplinabend. — Freizeitspielabend. Jugendheim Reinickendorf, Wilmersdorf, Vortrag: „Darmstadt“. — Jugendheim Reinickendorf, Wilmersdorf, Vortrag: „Darmstadt“. — Jugendheim Reinickendorf, Wilmersdorf, Vortrag: „Darmstadt“.

Heute abend und Freitag abend werden die Karten zur Sommerwoche von 5 bis 7 Uhr zum Preise von 1000 M. das Stück im Jugendheim, 65, Lindenstr. 8, verkauft.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Gemeinschaft proletarischer Arbeiter. Bezirk Westf., Geschäftsstelle Berlin, Wilmersdorf Str. 56, 14. Bezirk, Reichsbanner. Die Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in den Seitenbauwerken, Röhmer, Thoma, statt. Besprechung des Vortrages über „Hypothek und Kapital“ und ihre Erklärung vom Freibergerverband. 8. Bezirk. Die Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, den 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel Wilmersdorf, 4. Platz, statt.

Vereinigungen der Arbeiter. Bezirk. Donnerstag, den 21. Juni, Vortragabend. Genosse Sebald spricht über: „Die Arbeiterbewegung“. Die Arbeiter geben massenhafte Versicherungen. Beginn pünktlich 8 Uhr im Jugendheim, Wilmersdorf, 14. Bezirk, bei Hühler, Müller, 14, Offenbacher Straße. Bei Abbruch Weiter im Jugendheim Röhmer.

### Arbeiter sport.

Wirtschaftliche Arbeitervereine. Am Mittwoch, den 20. Juni, innere Sportausbildung. In der Sitzung haben sämtliche Bezirkskomitees zu erscheinen. — Mittwoch, den 20. Juni, 1. Bezirk: Auswärtige Kampfe für den Kampf und den Kampf der Arbeiter und Frauen. — Mittwoch, letzter Tag für Redungen zu den Auswärtskampfen im Hypodrom.

Sportliche Vereinigungen. Die Sport-Turn- und Wandervereine der Vereinigung beginnt am 21. Juni mit der Abfahrt der Mitglieder nach Leipzig. Treffpunkt 1/2 Uhr im Vereinshaus bei Frau. 3 Uhr, Schützengilde Döberitz, Wilmersdorf. 3 1/2 Uhr, Abfahrt nach Leipzig. Sonntag, den 24. Juni, Wilmersdorf, gegen Wd. und Teilnahme an den Jugendwettkämpfen, Sonntag, den 25. Juni, 1/2 Uhr, im Vereinshaus. Eintritten in Sportplätze zum Straßenkampf, Dienstag, den 26. Juni, Generalprobe zum Schachturnen. Mittwoch, den 27. Juni, Nachspiel beider Männer- und Frauenmannschaften. Donnerstag, den 28. Juni, Schachturnen in der Turnhalle am Spandauer Bod. links, 106. Bezirk, abends 8 Uhr, auf dem Turnplatz.

Freie Turnerschaft Wilmersdorf. Abertunnsortel die Freilichtturnhalle für die Kinder am Sonnabend, den 20. Juni, 10 Uhr, abends. Nächste Abertunnsortel am 4. Juli auf dem Turnplatz um 7 Uhr. Vorbereitungen am Sonntag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, auf dem Turnplatz.

Freie Schwimmer Wilmersdorf. Von heute ab müssen die Schwimmstunden aller Abteilungen jeden Mittwoch um 7 Uhr im Sommerbad erscheinen.

Wetter bis Donnerstag mittag. Rühl, aberniedrig bewölkt mit wiederholten Regenschauern bei mäßigen veränderlichen Winden.

# Das Landessteuergesetz im Reichstag.

## Die Befreiung der Genossenschaften abgelehnt.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde der Entwurf über einen Vertrag zwischen Deutschland und den Sowjetrepubliken der Ukraine, Weißrußland, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und der Republik des Fernen Ostens vom 5. November 1922 in drei Lesungen debattiert. Es handelt sich um Ausdehnung des Rapallovertrages auf die betreffenden Republiken.

In zweiter und dritter Lesung wird debattiert die Novelle zum Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandschaden-gesetz sowie zur Entschädigungsordnung angenommen. Es handelt sich um Angleichung an die Besondereurteilung und an das Liquidationschadengesetz. Angenommen werden dazu zwei Entschädigungen des Ausschusses, nach denen bei Verteilung des Härtefonds die Geschädigten mit Verbindlichkeiten dem Ausland gegenüber bevorzugt werden.

Es folgte die zweite Beratung des Landessteuergesetzes. Abg. Merk (Bayer. Volksp.): Trotz aller Bedenken werden wir für das Gesetz stimmen.

Abg. Herold (Zentr.) schlägt vor, von allen Abänderungsanträgen abzusehen.

Abg. Peine (Soz.) befürwortet einen Antrag, die Genossenschaften von der Umsatzsteuer zu befreien. Gegen diese Konsumgenossenschaften der Arbeiter führt man einen wahren Klassenkampf. Die Deutschnationalen und vielleicht noch andere bürgerliche Parteien möchten am liebsten nur die landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Steuer befreien. Das ist ein schreiendes Unrecht gegen die Arbeiter, die ihre paar sauren verdienten Groschen zusammenlegen, um sich in Konsumvereinen gegen Ausbeutung zu schützen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Koenen (Komm.) beantragt, den Gemeinden ein Zuschlagsrecht auf eine Reihe von Steuern zu geben, insbesondere das Recht zu progressiven Zuschlägen auf die Einkommensteuer derjenigen Steuerpflichtigen, die 1922 ein Einkommen über 600 000 M. hatten, also von der zweiten Steuerstufe ab, eine Beteiligung der Gemeinden an der Kohlensteuer mit 10 Proz. neben der Umsatzsteuer und die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer auf 33 1/2 Proz. des Ertrages. Ferner beantragt er die Staffelung der Gemeindefürsorge zugunsten der Winderbemittelten.

In den Abstimmungen werden unter Ablehnung sämtlicher Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten die Ausschlußbeschlüsse über die Bestimmungen für die Beteiligung der Länder und Gemeinden an den einzelnen Steuerarten unverändert angenommen.

In dem Abschnitt über das Verteilungsverfahren (Verteilungsschlüssel enthält § 52a u. a. die Bestimmung, daß einer Verminderung der Zahl der Angehörigen in Ländern und Gemeinden die reichsrechtlichen Sondervorschriften über Einstellung und Entlassung von Angestellten nicht entgegenstehen.

Die Kommunisten beantragen Streichung dieser Bestimmung.

Abg. Stiebel (Soz.) erklärt, seine Partei werde grundsätzlich für den Antrag der Kommunisten stimmen.

Abg. D. Mumm (Dnat. Sp.) befürwortet folgenden Antrag Schulz-Bromberg (Dnat. Sp.), Dr. Scholz, D. Coerling (D. Sp.), einen § 52e einzufügen: „Soweit die Reichsfinanzbehörden die Bewältigung der nach § 15 dieses Gesetzes zulässigen Kirchensteuern übernommen haben, hat das Reich auf Antrag der Religionsgesellschaften Vorschläge auf diese Steuern zu zahlen. Die Höhe der Vorschläge richtet sich nach dem an dem jeweiligen Zahlungstermin fälligen Teilbetrage des Kirchensteuerfusses. Die Vergütung der Vorschläge erfolgt zu ermäßigtem Satze nach Feststellung des Reichsministers der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags. Die Zinspflicht erlischt, wenn es den Reichsfinanzbehörden ohne Verschulden der Religionsgesellschaften nicht möglich

ist, die fälligen Kirchensteuern in Höhe der Vorschläge innerhalb sechs Wochen nach dem jeweiligen Zahlungstermin einzuzahlen.“

Finanzminister Dr. Hermes bittet, den Antrag abzulehnen. Ein Recht der Religionsgesellschaften auf Reichsprüfung zu den Kirchensteuern dürfte nicht festgelegt werden. Im übrigen erkenne er die Notlage der Religionsgesellschaften voll und ganz und habe bereits wegen der Kirchensteuerfrage Verhandlungen eingeleitet.

Abg. Soltmann (Soz.) erklärt, die vom Ausschuss angenommene Bestimmung für verfassungswidrig, monach auch die im Artikel 137 der Verfassung genannten Körperschaften des öffentlichen Rechts (Religionsgesellschaften) den Vorschriften des § 52 unterliegen. Ferner wünscht Redner Auskunft über die Kosten der Erhebung der Kirchensteuer.

Die Abstimmung über den kommunistischen Antrag, die Bestimmung über Verminderung der Angehörigen in § 52a zu streichen, wird durch Ausschluß (Stammesprung) vorgenommen. Der Antrag wird mit 156 gegen 124 Stimmen abgelehnt.

Zu einem weiteren Abschnitt der Vorlage liegen sozialdemokratische und kommunistische Anträge vor, die fast gleichlautend die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer bezwecken. Nach Befürwortung der Anträge durch die Abg. Peine (Soz.) und Koenen (Komm.) werden die Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Rest der Vorlage bleibt unverändert. Die Entschädigungen des Ausschusses werden angenommen.

Angenommen wird ferner folgende Entschädigung aller bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten, die Reichsregierung zu eruchen, mit allen Kräften eine organische Neuordnung der Finanzverhältnisse zwischen dem Reich und den Ländern in der Richtung in Angriff zu nehmen, daß die bisherige Zukunftswirtschaft befristet und den Ländern sowie den Kommunen die Möglichkeit einer finanziellen Selbstverwaltung zurückgegeben wird. Zu diesem Zweck ist eine klare Verteilung der Steuerquellen zwischen dem Reich und den Ländern erforderlich. Dem Reiche, als dem in erster Linie in Frage kommenden Träger der Kriegskosten ist hierbei der erforderliche Vorrang zu sichern. Die in öffentlicher Hand befindlichen Betriebsverwaltungen dürfen von den allgemeinen Steuerlasten nicht ausgenommen werden.

Damit ist die zweite Beratung beendet. Es wird beschlossen, die dritte Lesung heute nicht vorzunehmen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs einer zweiten Änderung des Besoldungsgesetzes. Die Regierungsvorlage ist zurückgezogen, angenommen wird statt dessen in allen Lesungen ein Antrag Müller-Franken (Soz.), Marx (Z.) und Dr. Stresemann (D. Sp.), wonach die wichtigsten Bestimmungen des Sperrgesetzes bis zum 1. April 1925 verlängert werden sollen.

Ferner wird eine Resolution der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen, die Reichsregierung zu eruchen, dafür Sorge zu tragen, daß etwa erforderlich werdende Beanstandungen der Besoldungsordnungen der Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften vom Reichsfinanzminister mit möglicher Beschleunigung erhoben und die sich anschließenden Streitverfahren möglichst schnell durchgeführt werden; ferner die Reichsregierung zu eruchen, auf die Landesregierungen dahin einzuwirken, daß diese die Durchführung des Besoldungsgesetzes gegenüber den Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften mit Nachdruck betreiben und nötigenfalls vom Reich wegen Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz zu erlassen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr (kleinere Vorlagen, dritte Lesung des Landessteuergesetzes, zweite Beratung der Vorlage über die Brotverforgung, Abänderung des Pfandgesetzes, Schluß 5 1/2 Uhr.

der Richtwähler, der Gleichgültige. Von 1920 bis Frühjahr 1923 ist die Arbeit des Reichstags in der Steuerreformgebung charakterisiert durch systematischen Abbau dessen, was in der Erzherrperschen Steuerreform gesund war, ein Abbau der ethischen Pflicht am Staat. Die Vorkämpfer der grundsätzlichen Umstellung der Steuerpolitik waren im Reichstag Helfferich und Hergt. Besonders Helfferich verstand es, jeden Paragraphen weich zu machen und etwas anders zu formen. Die Krönung dieser Finanzpolitik ist das Geldwertengesetz.

Der Gedanke der Lohnsteuer ist gesund. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir verlangen aber, daß

das sofortige Fälligerwerden der Steuerpflicht nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Unternehmer gilt. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Lohnsteuer wird viel zu wenig berücksichtigt, welche Nähe die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich gibt, die Abzüge von der Lohnsteuer entsprechend der Geldentwertung immer wieder neu zu regeln.

Die Geldentwertung hat sich so, wie wir es alle erleben, auswirken können, weil die Paragrafen der Steuerreformgebung stark sind. Sie ist auch heute noch im wesentlichen aufgebaut auf dem Gedanken der stabilen Währung und der hohen Steuerhöhe. Das ist heute Wahnsinn! Man hat Änderungen versucht, beispielsweise hat das Reichseinkommensteuergesetz in zwei Jahren schon sieben Revisionen erlebt. Das Geldwertengesetz ist ein sogenannter Fortschritt. Es soll bei allen wichtigen Steuern die Leistung an die Wertpflicht anpassen. Aber schon jetzt erweist es sich als ein Reinfall. Bei verspäteter Steuerzahlung sind Zuschläge zu leisten. Sie sind aber so gering, daß bei rascher Geldentwertung der Unternehmer mit der verspäteten Zahlung immer noch ein gutes Geschäft macht. Auch die Bestimmungen über die Abschreibungen sind so, daß der Unternehmer dabei seinen Steuerbeitrag stark herabdrücken kann. Der Redner erörterte eingehend die Sachlage der §§ 33a und b. Das Geldwertengesetz hat noch viele ähnliche Bestimmungen.

Was ist zu tun? Steuerfragen sind Machtfragen. Die Macht zu schaffen, ist Aufgabe der Massen. Eine rüchliche Anpassung der Steuern an die Geldentwertung auf gelunder Grundlage ist nur möglich, wenn die Stabilisierung der Mark erreicht ist. Aber auf dem Wege die dahin führen wir nicht die Hände in den Schoß legen. Die Vorauszahlungen, die tatsächlich Nachzahlungen sind, müssen erhöht werden entsprechend der Geldentwertung. Wir fordern Umgestaltung der Fülle von Steuern, die zum großen Teil sinnlos sind, Zusammenfassung zu einigen wenigen, klaren, automatisch wirkenden Steuern. Wir fordern eine Art Lohnsteuer für jeden, der in Deutschland existiert. Die ganze ungeheure finanzielle Verzerrung muß zusammengepreßt werden auf ein Zwanzigstel ihres heutigen Umlanges.

Warum, schloß der Referent, bildet ihr noch Gleichgültige, noch Unorganisierte? Auch bei Anpassung der Höhe an die Geldentwertung sind ja die Gewerkschaftskämpfe nicht überflüssig. Sorgt für Macht! Das ist unser Weg! (Lebhafte Beifall.)

Es folgte eine Diskussion, über die wir im Hauptblatt berichten.

## Zuchthaus für Fuchs und Munk beantragt.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

München, 19. Juni. Im Hochverratsprozeß gegen Fuchs und Genossen führte Staatsanwalt Kellerer in seinem Schlussvortrag weiter aus: Die Beweggründe für die Tat liegen im Ehrgeiz, in der Ruhmsucht und in der Gewinnung materieller Vorteile. Diese Beweggründe wurden bei Fuchs und Munk durch den Franzosen Richter verstärkt, vor allem mit seinem Geld. Fuchs und Munk empfingen im ganzen Welt über hundert Millionen Mark, von denen der größere Teil an die Organisationen verteilt wurde. Wieviel in die Taschen der beiden Hauptangeklagten geflossen ist, läßt sich nicht genau feststellen; mit Sicherheit nachweisbar sind 9 Millionen und ein Päckchen mit Tausendfranknoten.

Die Schuld des verstorbenen Dr. Schüller läßt der Staatsanwalt als auf Munk übergegangen, dessen französische Einstellung bewiesen sei. Munk habe gewußt, daß er durch seine Handlungen nicht deutschen, sondern tschechischen Interessen diene. Berger und Rudolf Gutermann seien aktivistische junge Leute, die mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind. Munk habe sie so weit in seine Pläne eingeweiht, daß sie wußten, es handle sich nicht bloß um eine Umkehraktion; sie waren sich klar über die gemollte Verfassungsänderung und über die Aufrichtung der Diktatur. Das gilt nicht von Richard Gutermann, der nicht überführt werden konnte. — Da bei keinem der Angeklagten, mit Ausnahme des jungen Richard Gutermann, Schuldabschließungsgründe vorhanden sind, so

beantragte der Staatsanwalt:

Gegen Professor Georg Fuchs lebenslangliches Zuchthaus, 10 Millionen Mark Geldstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und Eingetung der bei Munkhaus beschlagnahmten Devisen; gegen Johann Munk 5 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft, 50 Millionen Mark Geldstrafe, 10 Jahre Ehrverlust, Stellung unter Polizeiaufsicht, Ausweisung aus dem Deutschen Reich, vorläufige Beschlagnahme der geleisteten Sicherheit von 60 Millionen Mark und sofortige Wiederverhaftung wegen Fluchtverdacht; für Johann Berger 2 Jahre Festung unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft und 300 000 Mark Geldstrafe; gegen Rudolf Gutermann 1 Jahr 5 Monate Festung unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft und 1 Million Mark Geldstrafe. Die Geldstrafen sind eventuell in Gefängnisstrafen umzuwandeln. Für den Angeklagten Richard Gutermann beantragte der Staatsanwalt Freisprechung.

Die Nachmittagsitzung war dem Verteidiger des Fuchs, R. M. Graf Bestalozza, vorbehalten. Er gliederte sein Plädoyer in zwei Teile. Im ersten gab er einen historischen Rückblick und politische Streiflichter, im zweiten befaßte er sich speziell mit der Anklage gegen seinen Mandanten. Zuerst zählte er eine Reihe von

Tatsachen aus der preußisch-brandenburgischen Geschichte auf, mit denen er die Zusammenarbeit mit Frankreich gegen deutsche Interessen beleuchten wollte. Dann reformulierte er den Begriff des Volksweltismus, der heute gerade in nationalitätlichen Kreisen Bayerns in heilloser Vermirrung geraten sei, indem Volksweltismus einfach gleich Sozialismus gesetzt würde. In diesem Zusammenhang sprach er von dem Unheil, das Bayern durch die preußischen Emigranten nationalitätlicher Färbung getroffen habe, und sagte wörtlich:

„Der preußische Adler hat sich das Fell des bayerischen Löwen umgehängt und hat nun auf sein eigenes Nest los, weil darin der sozialistische Ruckel sitzt.“

Weiter befaßte sich Graf Bestalozza in der Hauptsache mit der Person Richters, für deren Darstellung die Anklage nahezu alles unterlassen habe, trotzdem ihr eine Aufhellung der Persönlichkeit Richters nicht besonders schwer gefallen wäre. Dann aber über die Verteidiger, wie erwartet, eine außerordentlich scharfe Kritik an den vier Hauptzeugen, die vielleicht Gutes gewollt, aber jedenfalls Schlechtes vollbracht hätten. Sie und die anderen hochgestellten Persönlichkeiten, wie General Böhl und Präsident Böhrner, hätten an Fuchs einen menschlichen Hochverrat begangen, weil sie ihm und seinen Genossen bewußt ein falsches Spiel zu ihrer Unterführung vorgespielt hätten. Und dieser menschliche Hochverrat der vielen Repräsentanten des vaterländischen Gedankens sei die Grundlage zu dem politischen Hochverrat, wie ihn die Anklage vertritt. Die Täuschung des Vertrauens sei zweifellos als Ermunterung zum Hochverrat zu bezeichnen, dem Fuchs als unpraktischer Alibi, Projektmoder und Halbpolitiker zum Opfer gefallen sei. Von diesem Gesichtspunkte aus sei die Tat des Fuchs in keiner Weise als ehrlos zu bezeichnen. Er plädierte nicht auf Freisprechung, aber er müsse auf das entscheidende in Abrede stellen, daß sein Mandant ehrlos gehandelt habe. Der Mittwoch ist für die Plädoyers der anderen drei Verteidiger vorbehalten.

## Wer hat Devisen gekauft?

### Die Banken verweigern die Auskunft.

Am Marktlösungsausschuss des Reichstags kam gestern, Dienstag, die Mitteilung des „Vorwärts“ zur Sprache, wonach die Bankvereinigung empfohlen habe, die Beantwortung der Umfrage der Devisenprüfungsstelle zu verzögern. Nach Verlesung des Anschreibens der Bankvereinigung hatte Herr Helfferich überfällig die Angaben des „Vorwärts“ als unwahr bezeichnet. Im Ausschuss war leider nur das Anschreiben des „Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes“ verlesen worden, nicht aber die Anlagen. Diese Anlagen enthalten Zuschriften an Wirtschaftsministerium und Reichsbankdirektorium. Es kommt in diesen Schreiben zum Ausdruck, daß die Herren abgeneigt sind, Angaben zu machen, welche ihrer Kunden Devisen gekauft haben und es wird in Frage gestellt, ob die Devisenprüfungsstelle Gewähr dafür bietet, ob die Mitteilungen geheim bleiben.

Da das Ministerium und die Reichsbank erwiderten, daß diese Bedenken unbegründet sind, hat der „Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes“ geantwortet:

„Was die Verschwiegenheitspflicht des mit der Prüfung befaßten Angestellten der Devisenbeschaffungsstelle betrifft, so entnehmen wir der dortigen Mitteilung, daß diese Verschwiegenheitspflicht lediglich in dem mit der Devisenbeschaffungsstelle geschlossenen privatrechtlichen Aufstellungsvertrag hat, ohne in gleicher Weise unter strafrechtlichen Schutz gestellt zu sein, wie dies in anderen, eine öffentlich-rechtliche Aufstellungspflicht begründenden Gesetzen und Verordnungen geschehen ist. Sofern diese unsere Annahme zutrifft, müssen wir die Garantien, welche dem Aufstellungspflichtigen hinsichtlich der vertraglichen Behandlung der von ihnen ermittelten Aufkünfte gewährt werden, im Hinblick auf die Wichtigkeit der gerade hier auf dem Spiel stehenden wirtschaftlichen und geschäftlichen Interessen als unzureichend ansehen und befinden uns demzufolge nicht in der Lage, die hieraus von Mitgliedern unseres Verbandes hergeleiteten Befürchtungen als unbegründet zu bezeichnen.“

Der Marktlösungsausschuss des Reichstages vernahm am gestrigen Dienstag zunächst den Direktor Wassermann von der Deutschen Bank. Zum ersten Male wurde auf Antrag der Sozialdemokraten von dem Recht der Vereidigung Gebrauch gemacht. Direktor Wassermann gab zu, daß bei den von der Reichsbank gewährten Krediten zweifellos auch Finanzwechsel untergekauft seien. Es sei jedoch sehr schwer, hinter eine solche Täuschung zu kommen. Auf Fragen des Genossen Dr. Herz erwiderte Wassermann: „Ich habe schon seit Anfang April beobachtet, daß die Zurückhaltung der Käufer nicht mehr bestand, weil eben im April das Geld fälliger wurde. Das setzte sich fort, und als die von der Reichsbank billig abgegebenen Devisen zur Reife gingen, kam am 18. April die Sache plötzlich zum Bruch. An diesem Tage machten die

Zeugung der tatsächliche Devisenbedarf der deutschen Wirtschaft während der ganzen Zeit der Stillungsaktion höchstens 5 Proz. des von der Reichsbank abgegebenen Betrages dargestellt habe.

Als zweiter Zeuge wird der Wirtschaftskorrespondent Defer von der „Frankf. Zig.“ vernommen. Die „Frankf. Zig.“ habe bekanntlich behauptet, daß

### die Firma Stinnes

in den kritischen Tagen vor dem 18. April 100 000 Pfund nachdrücklich außer ihren sonstigen Anforderungen an die Reichsbank und die sonstigen Banken zu kaufen gesucht habe. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte diese Angaben damals als Lüge bezeichnet. Defer hielt demgegenüber seine Behauptung in vollem Umlauf aufrecht und erklärte, daß weniger die Laune des Kaufes an sich, als vielmehr die besonderen Umstände dieses Kaufes ihn zu dem Eindruck veranlaßt hätten, daß hier sachlich nicht gerechtfertigte Käufe vorgenommen wurden. Es sei zweifellos, daß die Stimmung des Marktes durch solche Vorgänge verschlechtert würde. Der Name Stinnes bedeute für viele den Anreiz zur Nachahmung. Wenn es heißt, Stinnes kauft oder hat gekauft, so gibt es viele Leute, die es nachmachen. Trotz Querfragen von Helfferich und Dernburg bleibt Defer bei seinen absolut bestimmten und eindeutigen Auslagen.

## Steuern und Geldentwertung.

Die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre hörten in ihrer gestrigen Konferenz ein finanzwirtschaftliches Referat des Genossen Kurt Heilig über Steuern und Geldentwertung und über die Reparationsfrage.

Diese Erörterung, führte er aus, leidet uns sofort auf den großen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, von Unternehmern und Arbeitern, von Besitzenden und Nichtbesitzenden. In unserer Finanzwirtschaft gibt es ein dunkles Loch, das noch niemand zu füllen weiß. Auf der Aussagenseite stehen die Reparationen, deren Höhe wir noch nicht kennen. Der Kampf im Ruhrgebiet wird geführt um die Frage, wie hoch die Reparationssumme sein soll. Auf der Einnahmenseite haben wir einen ebenso ungeklärten Posten, weil die Steuerentnahmen unter dem Einfluß der Geldentwertung stehen. Die Reparationen im gerechten Ausmaß zu leisten, sind wir bereit. Aber so lange wir nicht wissen, welche Ausgaben wir haben werden, können wir das Chaos unserer Finanzen nicht in Ordnung bringen.

Die Einnahmen werden heute von einigen wenigen Steuern getragen. An erster Stelle steht die Reichseinkommensteuer, im letzten Jahr mit 35 Proz. aller Einnahmen. Im Durchschnitt der einzelnen Monate macht der Lohnabzug bis zu 95 Proz. dieser Einnahmen aus der Einkommensteuer aus. Die Kohlensteuer brachte 16 Proz., die Umsatzsteuer 15 Proz., die Ausfuhrabgaben 12 Proz. Die letzteren sind im Interesse der Unternehmer eingeschränkt worden. Am liebsten sähen sie sie ganz abgeschafft. (Zuruf: Schieberfreiheit!) Ja, das ist schlimmer als Schiebersteuer. Unser Steuerlokomotiv ist heute in eine Bahn hineingetrieben worden, die fast alle Last auf die Lohnsteuer legt.

### Wie ist das möglich geworden?

Die Steuererhöhung der Republik wurde aufgebaut auf einer grundsätzlichen Wenderung. Die Finanzhoheit der Einzelstaaten wurde auf das Reich übertragen. Die Erzherrger-sozialdemokratische Steuerreformgebung hatte einen gesunden Kern. Sie ist leider nicht ausgeübt. Die Diskussion darüber, wie es hätte besser gemacht werden können, ist zwecklos. Die rückläufige Bewegung der Steuerreformgebung begann im Juni 1920. Bei den damaligen Reichstagswahlen wollte die Deutsche Volkspartei uns „von den roten Ketten freimachen“. Dafür hat das Volk Cuno-Rubel eingetauscht. (Sehr richtig!) Dagegen sind die „roten Ketten“ ja Edelmetalle. Besiegt hat damals

